



# Infobrief

des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik  
Nr. 14 – März 2014

Inhalt	Seite
EDITORIAL	03
<b>AKTUELLES zum Notstand der Republik</b>	
Nicht unsere Regierung (Zustandekommen und Charakter der Großen Koalition)	04
Eine parlamentarische Krise (Deutsche Demokratie in der Geschichte und Gegenwart)	04
Ein Mindestlohn für die Katz´	07
Deutschland, Deutschland über alles (Die neue deutsche Außenpolitik heißt Krieg)	08
Parlamentsbeteiligungsgesetz: Ausschaltung des Parlaments in Kriegsfragen	10
Aktuelles vom Notstand der Republik	10
Normalität des Republiknotstandes (Gefahrenzone in Hamburg)	12
Wie mit der NSU-Affäre der Staatsumbau vorangetrieben wird	15
Ukraine - „ein Testfeld für eine neue europäische Außenpolitik ...“	16
Jalta liegt auf der Krim	17
Der deutsche Angriffskrieg gegen Jugoslawien	18
<b>AKTIONEN gegen den Notstand der Republik</b>	
Bündnisaktion „Stoppt den deutschen Kriegskurs“	24
Von München bis Prag - Bericht vom Aktionszug Klassenkampf statt Weltkrieg 2013	24
Was ist der Bruch des Hausfriedens gegen den Bruch des Weltfriedens?	27
Aktionen gegen die Indienstellung neuer Freikorps	27
Die FDJ vor Gericht	29
<b>MATERIAL zum Notstand der Republik</b>	30
Dokumente	Anhang



## Aktionszug gegen den Notstand der Republik



### Der Jugendaktionsausschuss Notstand der Republik

Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin der Jugendkongress - Notstand der Republik statt. Über 80 Jugendliche aus verschiedensten Organisationen und der Gewerkschaftsjugend trafen sich dort, um zu prüfen, was in diesem Land vor sich geht. Dabei stellten wir fest, dass die Regierenden eine Reihe von Maßnahmen getroffen haben, welche die Demokratie in diesem Land gefährden, deswegen sprechen wir vom Notstand der Republik.

Geheimdienste und Polizeien arbeiten verfassungswidrig zusammen, das BKA ist zur Geheimpolizei ausgebaut, aus dem Bundesgrenzschutz ist die paramilitärische Bundespolizei geworden, statt des Katastrophenschutzes gibt es einen militärischen Heimatschutz, dessen Kommandos in allen Regierungsebenen stationiert sind und sämtliche Hilfsorganisationen unter ihren Befehl zwingen. Staat, Wirtschaft und Gesellschaft werden militarisiert und auf Krieg vorbereitet.

Wir beschlossen, dieser Entwicklung unseren Widerstand entgegen zu stellen und richteten den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik ein. In diesem arbeiten seither Jugendliche aus

unterschiedlichen Organisationen und Gruppen zusammen. Mit Broschüren, Flugblättern und diesem Infobrief, den wir seit 2009 regelmäßig herausgeben, informieren wir über den Notstand der Republik und haben eine ganze Reihe von Aktionen, Demonstrationen und weitere Kongresse dagegen organisiert. Für diese Aktionen konnten wir oft größere Bündnisse schließen oder wir haben uns an Bündnissen beteiligt, außerdem sind wir Teil einer internationalen Aktionseinheit gegen den Krieg.

Mit dem Eintreten der Weltwirtschaftskrise hat sich die Kriegsgefahr verschärft. Dadurch ist die Militarisierung und der Notstand der Republik zu einer sehr konkreten Bedrohung für die Jugend geworden. Aber, so schreiben wir in einer Erklärung: „Das ist für uns kein Grund zu verzagen, im Gegenteil: Das ist die direkte Aufforderung der BRD-Reaktion an uns, den Kampf gegen sie weiter zu führen und zu verbreitern!

Jetzt erst recht! Ob Sozialdemokrat, Kommunist, Gewerkschafter oder Antifaschist, West oder Ost: Kampf dem Notstand der Republik!“

### Mach mit!

Du bist herzlich eingeladen im Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik mitzuarbeiten. Über einen Mail-Verteiler informieren wir über Treffen und Aktionen des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik. Gerne kommen wir auch in Gruppen oder Gremien, um über den Notstand der Republik zu referieren. Für regelmäßige Informationen kann unser

Infobrief abonniert werden. Die darin enthaltenen Artikel können verbreitet werden, bzw. wir drucken auch gerne Artikel, Flugblätter und Aktionsberichte ab, die im thematischen Zusammenhang mit dem Kampf gegen diesen Staatsumbau und die Kriegsvorbereitung stehen.

#### Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

[www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.org](http://www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.org) • Mail: [info@Jugendkongress-NdR.org](mailto:info@Jugendkongress-NdR.org)

Spenden: Postbank Essen, Konto-Nr.: 415845435, BLZ: 36010043, M. Wildmoser

# AKTUELLES zum Notstand der Republik

## Nicht unsere Regierung!

Wenn Wahlen etwas ändern könnten, wären sie verboten. Du glaubst, das könnte dir egal sein? Nein, die neue Regierung ist eine Gefahr für dich.

Doch von Anfang an: es waren von 80 Mio. Menschen in der BRD 60 Mio. zum Wählen aufgerufen, 40 Mio. haben das auch gemacht. Davon gingen knapp 27 Mio. Stimmen an SPD und CDU – das ist gerade Mal ein Viertel aller BRD-Bürger und ein Drittel der Wähler. Wenn man bedenkt, dass ein Großteil der SPD-Wähler diese Partei gewählt hat, weil man hoffte, dies sei die Alternative zur CDU/CSU, wird deutlich, dass hinter dieser Koalition nur eine Minderheit des Volkes steht. Schon der Wahlkampf war allzu lächerlich: die SPD ist von vornherein als Verlierer angetreten und hat gar nicht mehr versucht, sich als Alternative zu CDU/FDP zu verkaufen. Am Ergebnis zeigt sich das am deutlichsten: Statt eine Mehrheitsregierung aus SPD, Linke und Grünen aufzustellen, die auf 320 Sitze im Parlament (gegenüber der CDU als Opposition mit 311 Sitzen) käme, hat die SPD von vornherein ein Zusammengehen mit der Linkspartei ausgeschlossen. Auch eine Minderheitsregierung der CDU wäre eine dem Wahlergebnis entsprechende, demokratische Lösung gewesen. Stattdessen aber scheißen SPD und CDU/CSU auf die Spielregeln und bilden eine Große Koalition.

„Groß“ ist diese Koalition in der Tat: sie nimmt 504 Sitze im Parlament ein, die Opposition aus Grünen

und Linken mit 127 ist damit zur reinen Fassade verkommen. Sie hat weder die erforderliche Mehrheit zur Einsetzung von Untersuchungsausschüssen noch ein Gewicht bei Abstimmungen. Im Koalitionsvertrag ist auch ganz nebenbei festgelegt, dass CDU/CSU/SPD als Koalition einheitlich abstimmen müssen, auch in Fragen, die im Koalitionsvertrag noch nicht behandelt sind. Das bedeutet, dass der Opposition wirklich eine nicht zu überstimmende Übermacht gegenübersteht, und, dass der Koalitionsvertrag beschlossenes Gesetz ist. Die Abgeordneten sind damit nicht mehr ihrem Gewissen, was auch immer das bedeuten soll, unterworfen, sondern dem Koalitionsvertrag! Einem Papier von riesigem Umfang, das nun die Vorlage für Gesetze der nächsten 4 Jahre werden soll. Ohne dass ein demokratisch gewähltes Parlament je darüber abgestimmt hat! Und ohne, dass ein demokratisch gewähltes Parlament die Möglichkeit bekommt, darüber abzustimmen.

Wir haben es vermutlich mit der gefährlichsten Regierung der BRD zu tun, die sich die Zerschlagung noch der letzten Fundamente bürgerlicher Demokratie auf die Fahne geschrieben hat. Im folgendem wollen wir deswegen versuchen diese neue Regierung historisch einzuordnen und in vier kurzen Artikel einzelne Aspekte aus ihrem Koalitionsvertrag vorstellen.

## Eine parlamentarische Krise

Der 22. September schreibt Geschichte. 1862 erklärte Abraham Lincoln mit der Emanzipationserklärung an diesem Tag das Ende der Sklaverei in den Südstaaten der USA. 70 Jahre vorher, 1792, wurde der 22. September zum ersten Tag des ersten Jahres der ersten Französischen Republik erklärt. Welch ein historischer Paukenschlag – da scheint es nicht erwähnenswert, dass in der BRD taggleich im Jahr 2013 eine Regierung zusammengeschustert wurde, die mit Fug und Recht von sich behaupten kann, nichts gemein zu haben mit dem, was die erste Republik Frankreichs grundlegend schuf, den bürgerlich-parlamentarischen Staat.

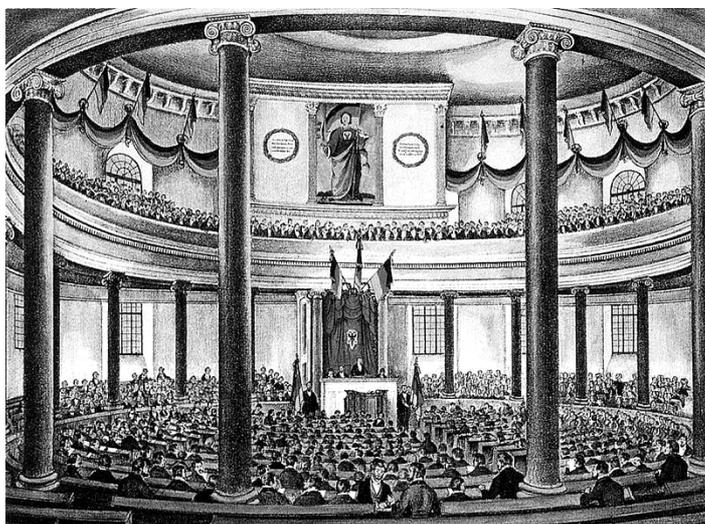
Dieses Frankreich von 1792, der siegreichen bürgerlichen Revolution, verschaffte einer Klasse, die längst schon in der Produktionsweise die entscheidende war, den Kapitalisten, endlich den notwen-

digen politischen Überbau, die Republik, und damit bürgerliche Rechte. In letzter Konsequenz sprach die französische Bourgeoisie damals sogar eine Handlungsanweisung für den Fall der Fälle aus, in dem das heiligste, die Republik, die Rechte des Volkes, mit Füßen getreten würden:

*„Wenn die Regierung die Rechte des Volkes verletzt, ist für das Volk und jeden Teil des Volkes der Aufstand das heiligste seiner Rechte und die unerläßlichste seiner Pflichten.“* (Verfassung der Französischen Republik von 1793).

Ein epochales Ereignis, der Beginn der so genannten Zivilisation, nahm in Frankreich seinen Lauf und festigte sich mit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts endgültig zum kapitalistischen Gesellschaftssystem.

Nur bei einem kommt die Zivilisation schon mit ihrer Entstehung nicht so richtig in Trab: Deutschland. 1848 bewegte sich im – was die kapitalistische Entwicklung anbelangt – noch stark zurückgebliebenen Deutschland ein Haufen feiger Bürger empor, schrie nach der Verfassung und ließ die noch weit schwächeren Arbeiter auf die Barrikaden gehen. Den Versuch einer demokratischen Volks-Versammlung, die in der Frankfurter Paulskirche tagte, brachte man zustande, doch „die Versammlung war tatsächlich mehr eine Schule des parlamentarischen savoir-vivre (guten Tons) für ihre Mitglieder, als eine Körperschaft, der das Volk Interesse entgegenbringen konnte“ (F. Engels: Revolution und Konterrevolution in Deutschland). Und so krochen die Herren Bürger, es wurde ernst, zurück in die Löcher, aus denen sie schlüpfen und paktierten stattdessen mit den alten feudalen Herrschern, die sie hätten loswerden müssen. „Die Bourgeoisie erwartete Wunder, sie erntete Schande für sich und ihre Vertreter. Die Klasse der Industrie- und Handelskapitalisten erlitt in Deutschland eine schwerere Niederlage als in irgendeinem anderen Lande; sie wurde (...) im zentralen deutschen Parlament aufs Haupt geschlagen, mit Schmähungen überhäuft und verspottet“ (Ebenda). Engels sprach zum Schluss davon, dass die republikanische Regierungsform in Deutschland fortan unmöglich sei.



Nationalversammlung in der Paulskirche

Was zeigt uns der weitere Werdegang des deutschen Parlamentarismus? Durch die Bank hatten und haben wir es mit einer Missgeburt zu tun.

Ein kurzer Sprung in die Zeit nach dem Hitlerfaschismus: Am 08. Mai 1949 beschließt der Parlamentarische Rat in Westdeutschland mit 53 gegen 12 Stimmen das Grundgesetz. CSU- und KPD-Abgeordnete verweigern aus entgegengesetzten Gründen ihre Zustimmung. Max Reimann, Gründungsmitglied der VVN und Vertreter der KPD im Parlamentarischen Rat, erklärte: „Sie meine Damen und Herren, haben diesem Grundgesetz, mit dem die

*Spaltung Deutschlands festgelegt ist, zugestimmt. Wir unterschreiben nicht. Es wird jedoch der Tag kommen, da wir Kommunisten dieses Grundgesetz gegen die verteidigen werden, die es angenommen haben!“*

Frankreich und seine Verfassung ruft nun, wo die Zeit des Verteidigens der Verfassung gegen Kanzlerin Merkel und Konsorten gekommen ist, zum Volksaufstand, in der BRD der Großen Koalition spricht der neue/alte Außenminister Steinmeier lieber davon, dass „Deutschland eigentlich zu groß ist, um Weltpolitik von der Außenlinie zu kommentieren“ – eine Linie, die ganz sicher nicht vom Grundgesetz abgedeckt wird. Was hat sich geändert? Ist das Frankreich von 1792, ist der Volksaufstand zur Verteidigung der Republik nicht mehr zeitgemäß? Meinten es die Bürger nicht so genau in ihrer Einigkeit, ihre Verfassung zu schützen?

Dass die Einigkeit der Kapitalisten immer nur so lange hält, so lange es um ihre Besitzstandswahrung geht, war ja noch nie eine große Erkenntnis und dass die Parlamente eins noch nie herbeiführen konnten, nämlich dass die Kapitalisten keine Kapitalisten mehr sind, haut auch keinen um, proklamierte doch gerade die Republik Frankreich mit an erster Stelle – und zu recht – das Recht auf Eigentum! Das Parlament ist ein Produkt (und menscheitsgeschichtlich ein sehr fortschrittliches) der historischen Entwicklung, das im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung nicht einfach aus der Welt geschaffen werden kann. Und Zeit seines Bestehens widerspiegelte es die oben erwähnte Uneinigkeit unter den Kapitalisten, die immer und vor allem in Konkurrenz zueinander stehen. Zwischen den Wechselbeziehungen der Klassen der kapitalistischen Gesellschaft und den Wechselbeziehungen der Parteien des bürgerlichen Parlaments bestand und besteht also ein enger Zusammenhang. Schon im Konvent der ersten Republik in Frankreich prallten die revolutionären Jakobiner, die das Kleinbürgertum vertraten, mit den so genannten Girondisten zusammen, die auf Seiten der Großbourgeoisie standen.

Was sich früh schon änderte, ist die „Zivilisation“. Die freie Konkurrenz, das Nebenher vieler kleiner und mittlerer Kapitalisten gibt es nicht mehr. Aus ihr gingen mit dem Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts einige wenige Monopole hervor. Von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“, die die bürgerliche Revolution für eine nicht kleine Klasse von Kapitalisten mit sich brachte, bleibt mit dem Ende der freien Konkurrenz objektiv nur ein frommer Wunsch. Und für die riesigen Monopole, für das Zeitalter des Imperialismus, kommt eine noch viel verschärfte Konkurrenz unter den „übriggebliebenen“. Der Parlamentarismus wird zur Tribüne der wenigen, die allermeisten bürgerlichen Parlamentarier mutieren zum Sprachrohr der Krupps, Thyssen und anderen Teilen der Monopolbourgeoisie.

Ein weiteres epochemachendes Ereignis, diesmal von deutschem Boden ausgehend, ist der Erste imperialistische Weltkrieg. Nicht nur, dass er der Menschheit die bis dato mit Abstand größte Vernichtung von Leben brachte und offenbarte, was der Kapitalismus nur noch imstande ist, zu vollbringen. Zugleich erreichte die Farce des bürgerlichen Parlamentarismus deutscher Schattierung ihren zwischenzeitlichen Höhepunkt. Das Monopolkapital war sich mal wieder einig, und zwar im Kriegführen! Mit der so genannten Burgfriedenpolitik bekundete Kaiser Wilhelm II. im August 1914, kurz bevor dies Deutschland der Welt erstmals den Krieg erklärte: *„Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche! Zum Zeichen dessen, dass Sie fest entschlossen sind, ohne Parteiunterschied, ohne Stammesunterschied, ohne Konfessionsunterschied durchzuhalten mit mir durch dick und dünn, durch Not und Tod zu gehen, fordere ich die Vorstände der Parteien auf, vorzutreten und mir das in die Hand zu geloben.“*

Noch am gleichen Tag kam es zur faktischen Auflösung des Parlaments. Alle Parteien stimmten einem **Kriegsermächtigungsgesetz** zu, das es der damaligen Reichsleitung ermöglichte, unter Umgehung des Parlaments den Krieg – komme was wolle – zu finanzieren. Einzig der aufrechte Revolutionär Karl Liebknecht durchbrach die parlamentarische Volksgemeinschaft und die scheinheilige Fraktionsdisziplin seiner damaligen Partei, der SPD. *„Im Dezember ging ich dann, die programmzerstörende Fraktionsdisziplin zum Teufel jagend, zur öffentlichen Ablehnung der Kredite im Plenum des Reichstags über“*, schrieb Liebknecht 1916 in seinen *„Betrachtungen und Erinnerungen aus größter Zeit“*. Der I. Weltkrieg des deutschen Imperialismus bedurfte einer Ermächtigungsregierung, also einer Regierung, die den bürgerlichen Parlamentarismus bis an die Grenze treibt, an der er bereits aufgehoben ist.



Karl Liebknecht

Karl Marx stellte einmal fest, dass der Parlamentarismus entweder von der Revolution oder von der Konterrevolution abgeschafft wird. 1914 war es die Konterrevolution, gut vier Jahre später war es unter

Führung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs die Novemberrevolution, die im Sinne des Fortschritts den Versuch unternahm, den bürgerlichen Parlamentarismus in die Geschichtsbücher zu verbannen und an seine Stelle arbeitende Körperschaften zu setzen. *„Den korrupten und verfaulenden Parlamentarismus in bürgerlicher Gesellschaft ersetzt die Kommune durch Körperschaften, in denen die Freiheit des Urteils und der Beratung nicht in Betrug ausartet, denn die Parlamentarier müssen selbst arbeiten, selbst ihre Gesetze ausführen, selbst kontrollieren, was bei der Durchführung herauskommt, selbst unmittelbar vor ihren Wählern die Verantwortung tragen.“* (Lenin: Staat und Revolution).

Beide Varianten waren und sind möglich – niemals aber rein durch den Gang zur Wahlurne.

*„Solange die unterdrückte Klasse, also in unserm Fall das Proletariat, noch nicht reif ist zu seiner Selbstbefreiung, solange wird sie, der Mehrzahl nach, die bestehende Gesellschaftsordnung als die einzig mögliche erkennen und politisch der Schwanz der Kapitalistenklasse, ihr äußerster linker Flügel sein. In dem Maß aber, worin sie ihrer Selbstemanzipation entgegenreift, in dem Maß konstituiert sie sich als eigne Partei, wählt ihre eignen Vertreter, nicht die der Kapitalisten. Das allgemeine Stimmrecht ist so der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat; aber das genügt auch. An dem Tage, wo das Thermometer des allgemeinen Stimmrechts den Siedepunkt bei den Arbeitern anzeigt, wissen sie sowohl wie die Kapitalisten, woran sie sind.“* Das sagte Friedrich Engels über das Verhältnis des Proletariats zum Parlament und den Wahlen. Was aber, wenn die Vertreter eines bürgerlichen Parlaments nicht mal mehr ein Gradmesser einer bürgerlichen Republik sein können? Die Große Koalition von heute jedenfalls schreibt in ihrem Koalitionsvertrag fest, dass *„Im Bundestag und in allen von ihm beschickten Gremien die Koalitionsfraktionen einheitlich abstimmen. Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der vereinbarten Politik ist. Ausgeschlossen sind wechselnde Mehrheiten.“*

Eine Ermächtigungsregierung, wie sie es 1914 war, erklärte nicht nur den Krieg gegen andere Völker, sondern erklärte ihn auch gegen das eigene Volk – wie auch immer das Verhältnis des einzelnen zum Parlamentarismus sein mag, sein Zustand, seine Existenz, ist ein Gradmesser des Verhältnisses zwischen Krieg und Frieden, ein Gradmesser des Zustands der noch herrschenden Klasse. Erklärt sie dem Volk den Krieg, braucht sie über kurz oder lang kein Parlament mehr. Das bisschen Wählen, das bisschen Parlament bleibt nur so lange, so lange sich das Volk dies bisschen im Kampf um bürgerliche Freiheiten erhält.

**„Jede revolutionäre Krise wird stets von einer parlamentarischen Krise begleitet.“** (Lenin)

Die Geschichte und der Klassenkampf, der nach der Niederschlagung der Novemberrevolution 1919 von den Herrschenden nur noch härter geführt wurde, gingen weiter. Seit 1929 brachte die Weimarer Republik de facto nur noch Regierungen zustande, die rein durch den Präsidenten ernannt wurden. Wahlen hatten keinen Wert mehr, die Republik kurz vor der Machtübertragung an den Faschismus lag bereits mehr und mehr in Trümmern.



„Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen, das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird, nachdem festgestellt ist, dass die Erfordernisse verfassungsändernder Gesetzgebung erfüllt sind:

Art. 1. Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Dies gilt auch für die in den Artikeln 85 Abs. 2 und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.

Art. 2. Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstags und des Reichsrats als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.“

So schreibt sich das 1933, als die Nazis mit ihrem Ermächtigungsgesetz Deutschland über das Parlament und alles stellten. Hier und nicht 1939 begann spätestens der Krieg, der schon zu Zeiten einer Weimarer Republik durch die Einheit aller Kriegsgegner hätte bekämpft werden müssen.

Und? Was hat sich geändert? Ist das Frankreich von 1792, ist der Volksaufstand zur Verteidigung der Republik nicht mehr zeitgemäß? Geändert hat sich nichts. Die Verbrecher von damals, sind die Verbrecher von heute. Und der Volksaufstand: „Eines Tages, und das wird bald sein, werden sie sehen, daß ihnen alles nichts nützt. Und dann können sie noch so laut Halt schrei'n, weil sie weder Geld noch Kanonen mehr schützt.“ (Bertolt Brecht).

Was das mit der Großen Koalition zu tun hat?

Zunächst hat es etwas mit der ersten Großen Koalition der BRD zu tun, die die ersten Grundlagen zur Aufhebung des Parlaments Ende der 1960er Jahre schuf, durch die so genannten Notstandsgesetze. Im Notstand nämlich ermächtigt sich sehr wohl ein recht kleiner Kreis um den Bundeskanzler, der sämtliche Regierungstätigkeiten – ohne den Umweg des Parlaments zu nehmen – durchführen kann. Der Kampf gegen die Notstandsgesetze Ende der 60er Jahre war eine Volksbewegung, die 68er!

(Jan, Regensburg)

## Ein Mindestlohn für die Katz'

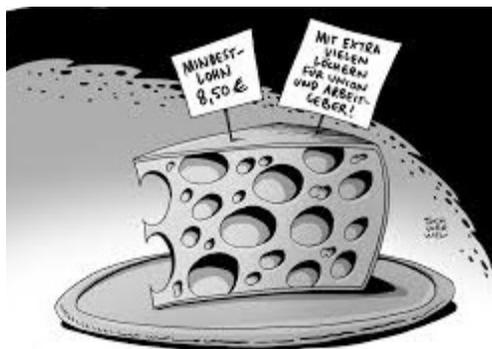
„Zum 1. Januar 2015 wird ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von 8,50 Euro brutto je Zeitstunde für das ganze Bundesgebiet gesetzlich eingeführt.“ Wenn man dies auf Seite 68 des Koalitionsvertrages liest, kommt man zu dem Schluss, dass es nun endlich geschafft wurde, einen Mindestlohn, wenn auch einen sehr geringen, einzuführen.

Der Schein trügt, die große Koalition hat einige Haken eingebaut. Heute verdienen ca. fünf Millionen Beschäftigte weniger als 8,50 Euro pro Stunde. Wenn die geforderten und schon im Koalitionsvertrag stehenden Einschränkungen ins spätere Mindestlohngesetz kommen, dann werden zwei Millionen Minijobber, Rentner, Schüler, Studenten und hinzuverdienende Erwerbslose immer noch unter 8,50 Euro verdienen, so eine Untersuchung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung.

Der Koalitionsvertrag behauptet, dass ab 2015 ein flächendeckender Mindestlohn bestünde, und widerlegt sich noch auf derselben Seite. Alle Tarifverträge, die Stundenlöhne unterhalb von 8,50 Euro vorsehen, gelten bis 2017 weiter. Das gilt auch für neu abgeschlossene Tarifverträge, die das Mindestlohnniveau bis zum Jahreswechsel 2016/2017 stufenweise erreichen. Es gibt derzeit 41 gültige Tarifverträge, die in den Jahren 2011-2013 abgeschlossen wurden und Stundenlöhne unter 8,50 Euro zulassen. Alle diese Tarifverträge gelten bis zum 31.12.2016 weiter! Damit erhebt die Große Koalition quasi die Ausnahme zum Prinzip. Die eigentliche Intention eines Mindestlohns, eine für alle Bereiche geltende Lohnuntergrenze, wird außer Kraft gesetzt, bevor sie überhaupt gültig wurde.

Nun stellt sich die Frage, sind 8,50 Euro im Jahr 2014 auch 8,50 Euro im Jahr 2017? Unterstellt man eine Inflationsrate von zwei Prozent, wie sie die Europäische Zentralbank in Europa anstrebt, dann

entsprechen die 8,50 Euro im Jahr 2017 etwa 7,85 Euro. Würde man zusätzlich zur Preissteigerung auch die Produktivitätssteigerung einberechnen, müsste laut „zeit.de“ der Mindestlohn im Jahr 2017 9,40 Euro betragen, also um 0,90 Euro in 3 Jahren steigen, um den gleichen Wert darzustellen. Ganz nebenbei: Die Forderung der Gewerkschaften nach einem Mindestlohn von 8,50 Euro stammt aus dem Jahr 2010, ist also 4 Jahren alt, und wurde nie an die Inflationsrate angeglichen!



Und nirgends im Koalitionsvertrag ist festgehalten, dass die Kommission, die erstmals im Juni 2017 den Mindestlohnsatz „überprüfen“ soll, keine Senkungen vorschlagen kann.

Schon jetzt reichen 8,50 Euro pro Stunde nicht aus, zumal bei diesem Mindestlohn auch nach 40 Versicherungsjahren nur eine kümmerliche Rente von 460 Euro heraus käme, die dann aus Steuergeldern aufgestockt werden müsste. In Luxemburg, Frankreich, Belgien, Niederlande und Irland liegt der Mindestlohn über 8,50 Euro und selbst unter Berücksichtigung der Kaufkraftunterschiede ist er in

Frankreich etwas höher. Nach den letzten Zahlen von Eurostat für das Jahr 2010, hat Deutschland den größten Niedriglohnsektor in Westeuropa (24,1 Prozent), was einen massiven Konkurrenzvorteil für die deutschen Monopole bedeutet.

Die BRD hat ihre ökonomische Stärke nicht, weil „die Deutschen“ besonders fleißig sind, sondern weil sie im Verhältnis besonders schlecht bezahlt werden. Der Mindestlohn ist also kein Lohn, der dafür gedacht ist für unser tägliches Leben zu reichen, sondern nur der minimalste Aufwand des Kapitals, um den Gewinn so groß wie möglich zu halten. So ein Standortvorteil wird nicht einfach aufgegeben. Der Mindestlohn ist keine Kampfansage an den Niedriglohnbereich, sondern seine Zementierung. „Die Große Koalition hat einen Koalitionsvertrag für die ‚kleinen Leute‘ geschrieben“, behauptete SPD-Vorsitzender Sigmar Gabriel und meint den Betrug den sie „für“ uns geschrieben haben.

Außerdem, was kaum berichtet wird: Der Notstand der Republik könnte über den Mindestlohn noch tiefer in die Betriebe getragen werden. Die Branchen-Mindestlöhne des Arbeitnehmerentsende-Gesetzes sind schon der Kontrolle des Zolls unterstellt. Das bedeutet, dass auf Großbaustellen zum Beispiel des Öfteren Polizeikolonnen auffahren und Jagd auf Arbeiter machen. Bis jetzt wurde noch nicht eindeutig festgelegt, welcher Teil des Staatsapparates die Einhaltung des künftigen flächendeckenden Mindestlohns kontrollieren wird, sicher ist jedoch, dass damit der Weg in die Betriebe für Teile des Gewaltenapparates weiter geöffnet wird.

(Manel, Regensburg)

## Deutschland, Deutschland über alles...

Ivo Vajgl, MdEP, ehem. Außenminister Slowenien: „Das ist ein Paradigmenwechsel. Von einem Land, das groß ist, wichtig und stark. Von einem Land, das immer von Frieden gesprochen hat. Und nun kommt dieses Land, das heute noch viel stärker ist, und spricht auf einmal eine vollkommen andere Sprache.“ (Zitat im Rahmen der NATO-Sicherheitskonferenz 2014 in München)

Ein Geheimnis ist es schon lange nicht mehr: Seit 1990 ist dieses Land wieder zum Mitspieler auf der Weltbühne geworden. Sicherung von Rohstoffzugängen, Sicherung von Absatzmärkten, Sicherung von Einflusssphären – das sind schon seit geraumer Zeit die benannten Ziele deutscher Außenpolitik. Das waren keine leeren Worte: Stück für Stück baute sich dieses Deutschland wieder seine Machtposition aus, durch Aufkauf, durch Zerschlagung fremder Länder, durch scheinbar friedliche Besetzung souveräner Staatsapparate. Und jetzt?

„Das überragende strategische Ziel Deutschlands ist der Erhalt und die Fortentwicklung dieser freien, friedlichen und offenen Ordnung. Deutschland müsste künftige schon mehr tun als jetzt, um diesen für es vorteilhaften Status quo zu bewahren. Es wird erst recht mehr Anstrengungen unternehmen müssen, um regionale und globale Ordnungsstrukturen den veränderten Herausforderungen anzupassen.“ (Aus: Neue Macht, Neue Verantwortung - Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch, 2013)

Eine Stellung, die man mal erreicht hat, die will man nicht mehr verlieren. Aber: Nichts ist, wie es bleibt. Was gilt es da für die Herrschenden mehr zu sichern als ihr Eigentum, ihre Profite, ihren Reichtum? Die neue Kriegsregierung ist hierfür der beste Garant. Der Koalitionsvertrag, das Programm der neuen Kriegsregierung, setzt sich die Erfüllung der Hoffnungen deutscher Konzerne als erstes Ziel.



Aus dem Koalitionsvertrag:

„Die Europäische Union durchläuft eine historisch einzigartige Periode wirtschaftlicher, sozialer und institutioneller Veränderungen und Neuerungen. In dieser Umbruchsphase ist Deutschland als wirtschaftlich starker Mitgliedstaat und Stabilitätsanker in eine gewachsene Verantwortung hineingewachsen und besonderen Erwartungen seiner Partner ausgesetzt.“

„Auch international ist sich Deutschland seiner Verantwortung bewusst.“

„Deutschland hat ein elementares Interesse an einer innovativen, leistungs- und wettbewerbsfähigen nationalen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie.“

„Wir bekennen uns zu einer starken Verteidigung mit modernen und leistungsfähigen Streitkräften.“

„Deutschland ist bei vielen wichtigen Rohstoffen wie Seltenen Erden und Metallen auf Importe angewiesen. Angesichts der weltweit steigenden Nachfrage sowie der wachsenden Zahl staatlicher Eingriffe in Rohstoffmärkte und damit verbundener Wettbewerbsverzerrungen ist gezieltes Handeln geboten, um mögliche negative Auswirkungen auf die Wertschöpfung in Deutschland zu vermeiden.“

Die neuen Regierenden tönen es heraus:

„Deutschland ist eigentlich zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren“, sagte Frank-Walter Steinmeier (neuer Außenminister) am Samstag auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Deutschland müsse bereit sein, sich außenpolitisch früher, entschiedener und substanzieller einzubringen. Die Bundesregierung wolle und werde Impulsgeber für eine gemeinsame europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik sein. (auf der NATO Sicherheitskonferenz 2014 )

Und Herr Gauck, der alte und neue Kriegspräsident, findet auf derselben Konferenz die richtigen Worte:

„Deshalb möchte ich heute über den Weg der Bundesrepublik sprechen – und darüber, wo er in Zukunft hinführen kann. Denn wir Deutschen sind auf dem Weg zu einer Form von Verantwortung, die wir noch wenig eingeübt haben.“

„Eines gleich vorweg: Dies ist ein gutes Deutschland, das beste, das wir jemals hatten. Das auszusprechen, ist keine Schönfärberei.“

„Im außenpolitischen Vokabular reimt sich Freihandel auf Frieden und Warenaustausch auf Wohlstand.“

„Niemals in der Geschichte unserer Nation gab es eine solche Zeit, niemals. Das ist auch der Grund, warum wir Zutrauen und Vertrauen zu uns selber haben dürfen. Denn wir wissen doch: Nur wer sich selbst vertraut, gewinnt die Kraft, sich der Welt zuzuwenden. Wer sich selbst vertraut, ist verlässlich für die Partner. Als Deutsche einst ihr Land "über alles" stellten, da entwickelte sich ein Nationalismus, der von forciertem Selbstbewusstsein über Selbstblendung bis zur Hybris alle Stadien eines unaufgeklärten Nationalbewusstseins durchlief. Unser heutiges "ja" zur eigenen Nation gründet in dem, was dieses Land glaubwürdig und vertrauenswürdig macht – einschließlich des Bekenntnisses zur Zusammenarbeit mit unseren europäischen und nordatlantischen Freunden. Nicht weil wir die deutsche Nation sind, dürfen wir vertrauen, sondern weil wir diese deutsche Nation sind.“

(Joachim Gauck, Bundespräsident, auf der NATO Sicherheitskonferenz 2014)

Merkt ihr, wessen Sprache da gesprochen wird? Die Sprache derjenigen, die gerade noch soviel Geld haben, dass sie nicht verrecken? Die Sprache derjenigen 50 Prozent Jugendlichen, die keinen Cent mehr haben? Wessen Status quo, wessen toller Zustand der Welt muss da erhalten werden? Wir sollen in den Krieg ziehen, damit dieser Zustand bleibt?

Wir sollen eine deutsche Nation hochjubeln, die (wieder) groß wurde durch Okkupation, durch Verarmung, durch Unterdrückung anderer?

Nichts ist, wie es bleibt. Das wissen die Herrschenden gut. Und rüsten sich. Dass nichts ist, wie es bleibt, müssen wir schon lange wissen. Weil wir täglich gucken müssen, dass es irgendwie noch so bleibt, dass man leben kann. Weil wir täglich mitbekommen, wie es uns geht, wie es den Jugendlichen anderer Länder geht. Und diesen Zustand sollen wir retten? Damit der Reichtum und Profit der wenigen gerettet wird, wir aber weiterhin Tag für Tag irgendwie kämpfen müssen, um zu leben? Dafür – im Namen des neuen Deutschlands – sollen wir schließlich in den Krieg ziehen sollen?

Nichts haben wir mit einem solchen Deutschland gemein! Und nichts bleibt, wie es ist. Weil wir es so nicht mehr wollen! Und deshalb diesem Zustand den Kampf ansagen müssen!

Stoppt diese Kriegsregierung!

(Anna, Köln)

## Parlamentsbeteiligungsgesetz: Ausschaltung des Parlaments in Kriegsfragen

Eine Kommission wurde im November 2013 durch die neue Koalition gegründet. Warum? Das Parlamentsbeteiligungsgesetz soll geändert werden. Bisher stand in diesem Gesetz, dass die Bundesregierung grundsätzlich vor jedem Kriegseinsatz der Bundeswehr im Ausland um Zustimmung des Bundestags bitten muss. Behauptete die Regierung, es sei Gefahr im Verzug gewesen, musste das Parlament aber auch bisher schon nachträglich den geschaffenen Fakten zustimmen.

Und hat die Mehrheit des Parlaments schon jemals die Zustimmung verweigert? Davon ist nichts bekannt. Im Gegenteil. Sogar in der LINKEN hat sich mittlerweile eine Mehrheit gefunden, die einen Bundeswehreininsatz auf UN-Basis zukünftig für zustimmungsfähig hält.

Und trotzdem soll diese Kommission bis zum Herbst 2014 eine Änderung des Gesetzes diskutieren und vorbereiten. Die Richtung ist vorgegeben: Vereinfacht gesagt sollen Kriegseinsätze im Rahmen von

Bündnisverpflichtungen oder in den Bündnisstrukturen wie z.B. der Nato aber auch der „EU Battle Groups“ oder bilateralen Einheiten wie der „Deutsch-französischen Brigade“ grundsätzlich auch ohne Zustimmung des Parlaments erfolgen können. Das Parlament soll nur noch einmal im Jahr darüber reden dürfen. So die bisher bekannt gewordenen Änderungsvorschläge.

Stellt sich nur die Frage, welche Schweinereien diese Regierung schon im Auge hat und plant, dass sie nicht einmal mehr eine Diskussion im Parlament darüber wünscht. Denn die Zustimmung des Parlaments war in der Vergangenheit noch nie ein Problem. Noch nie hat sich seit dem Inkrafttreten des Gesetzes 2005 auch nur andeutungsweise eine Mehrheit gegen den Antrag einer Bundesregierung auf Einsatz der Armee im Ausland gefunden.

(Wuide, Köln)

## Aktuelles vom Notstand der Republik

*Sie haben Gesetzbücher und Verordnungen,  
Sie haben Gefängnisse und Festungen,  
Ihre Fürsorgeanstalten zählen wir nicht.  
Sie haben Gefängniswärter und Richter,  
Die wenig Geld bekommen und zu allem bereit sind.  
Ja, wozu denn?  
Glauben sie denn, dass sie uns damit kleinkriegen?*

### **Bürgerliches Recht? Aber doch nicht für die Bundeswehr!**

Es ist der „Tag der Reservisten“ in Demmin, Mecklenburg-Vorpommern. Es wird fotografiert und gefilmt. Auch als zwei Kriegsgegner ihren Protest zum Ausdruck bringen, geschieht dies. Doch hier greift die Militärpolizei ein: natürlich wünschen sie sich Bilder von der Bundeswehr, das dient schließlich der Propaganda. Anders aber, wenn der Protest gegen sie dokumentiert wird: Feldjäger beschlagnahmen die Speicherkarte einer Kamera und untersagen das Filmen. Argumente für das bürgerliche Recht ändern daran nichts, ebenso wenig die Freiheit der Presse – die Bundeswehr hätte das „Recht am eigenen Bild“ und dies stehe natürlich über allem.

In die gleiche Richtung weist, was bei der Begrüßung der Afghanistan-Heimkehrer auf dem Marktplatz von Storkow passierte: Plakate der Linkspartei wurden zuvor vom Militär beseitigt, damit sich die Heim-

kommenden wirklich willkommen fühlen. Damit wird die letzte Partei angegriffen, die in unserem Parlament sitzt und noch nie für einen Einsatz der Bundeswehr stimmte. Besonderer Schutz für die bürgerlichen Parteien als Lehre aus Faschismus und Weltkrieg? Nicht gültig in der BRD für Antifaschisten und Kriegsgegner!

### **Psychologische Kriegsführung optimieren**

„Psychologische Kriegsführung“, im Ausland lief bis 1990 unter dem Namen „Psychologische Verteidigung“ und dann unter „Operative Information“. Daraus ist jetzt das „Zentrum Operative Information“, kurz ZOpKom geworden. Neu strukturiert und optimiert liegen die Aufgaben weiterhin darin, die deutsche Ideologie in die zu okkupierenden, bzw. okkupierten Länder zu tragen. Jetzt sind sie der Streitkräftebasis unterstellt – ein weiterer Schritt zur Zentralisierung der Bundeswehr, in der Hoffnung auf mehr Effizienz. Zu den Mitteln der 900 Mann starken Truppe aus Mayen (Rheinland-Pfalz), sowie dem Zentrum unterstellten Bataillon für Operative Information 950 (OpInfoBtl 950) in Koblenz zählen Flugblätter, Zeitungen, Radio und Fernsehen. Auch für das „Radio Andernach“, den weltweit hörbaren Sender für die Deutschen Soldaten der Bundeswehr – im Gegensatz zum „Zielgruppenradio“ ist das Zentrum zuständig. Bei letzterem ist meist ein

deutscher Offizier dafür zuständig, in den besetzten Ländern fraternisierende Journalisten des jeweiligen Landes anzuleiten. „Genauso wichtig ist aber auch das Gespräch mit den Menschen in den Einsatzgebieten, die sogenannte direkte Kommunikation. Dadurch lassen sich Aussagen treffen, ob und inwieweit Botschaften in einer fremden Kultur verstanden werden. Nur so können langfristige Einstellungs- und Verhaltensänderungen in der Bevölkerung erreicht werden. Wenn notwendig setzt die Truppe auch Lautsprecher ein, um die Bevölkerung oder Menschenansammlungen zu informieren.“ (Streitkräftebasis, Dezember 2013)

### Freikorps stehen flächendeckend

Die Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskommandos (RSU) sind nun flächendeckend in der ganzen Bundesrepublik installiert. 30 Kompanien, die mit je 12 Reservisten im Falle des „Inneren Notstands“ wie die Bundeswehr eingesetzt werden (Bundestags-Drucksache 17/13384). 30 Kompanien, die aufgebaut wurden in der alten Tradition der Freikorps der jungen Weimarer Republik, um die Arbeiter niederzuschießen.



*Sie haben Zeitungen und Druckereien  
Um uns zu bekämpfen und mundtot zu machen.  
Ihre Staatsmänner zählen wir nicht.  
Sie haben Pfaffen und Professoren,  
Die viel Geld bekommen und zu allem bereit sind.  
Ja wozu denn?  
Müssen sie denn die Wahrheit so fürchten?*

### Was braucht's noch, wenn's zum Krieg kommt?

Richtig, nen freien Rücken!  
Für Ruhe an der Heimatfront hat die Polizei NRW jetzt eine tolle Kampagne durchgeführt. Mit über 600 Veranstaltungen unter dem Titel „Riegel vor! Sicher ist sicher!“ wird den braven Bürgern erklärt, wie das Leben noch sicherer werden kann. Dazu NRW-Innenminister Jäger: „Wachsamer Nachbarn sind Gold wert! Wählen sie 110 und melden sie verdächtiges!“

Er klingt fast wie ein Eisverkäufer vor einem Kleinkind, wenn er fortfährt: „Unsere Polizisten leisten gute Arbeit. Und im Schulterschluss mit den Bürgern gelingt es, dem Einbrecher den Riegel vorzuschieben.“ Dafür sei es wichtig, jeden Wohnungseigentümer und -mieter zu erreichen (Behördenpiegel 26.11.13). Ein Schelm, wem auffallen könnte, dass dies den Aufgaben den Blockwarts im Faschismus nahe kommt, und jetzt also Hausfrauen künftig die Brüder wegen Auffälligkeiten anschwärzen sollen – oder umgekehrt.

### Nur ne „Alkoholkontrolle“, oder doch mehr?

Angekündigt war eine große, landesweite „Alkoholkontrolle“ laut Umfragen in öffentlicher Presse und ADAC unter den Autofahrern sehr begrüßenswert und wirkungsvoll. Durchgeführt wurde damit eine illegale Rasterfahndung mit 14.700 Polizisten und mehreren hundert kommunalen Angestellten an 8.600 Kontrollstellen bundesweit. Wozu? Um die Gewöhnung herzustellen daran, dass andauernd und überall kontrolliert wird. Damit immer weniger darüber nachgedacht wird, warum eigentlich gerade wieder jemand abgeführt wird.

Der wünschenswerte Effekt nebenbei: noch mehr wissen darüber, wer eigentlich wann, wo und mit wem steckt. Das BKA in Wiesbaden hatte 2011 bereits Daten von 15,7 Millionen Bundesbürgern erfasst. Heute sind es bereits 23,6 Millionen Datensätze – also über die Hälfte der arbeitenden Bevölkerung!

Neben diesen angekündigten Großoffensiven, die laut Gewerkschaft der Polizei „bald mal wieder durchgeführt“ werden sollte stehen beispielsweise eine halbe Millionen rassistische und anlasslose Kontrollen durch die Bundespolizei allein im letzten Jahr – das sind allein 1.370 verfassungswidrige, rassistische Handlungen der Bundespolizei pro Tag im Jahr 2013.

### Was fehlt für die optimale Kriegsvorbereitung?

Ach ja, die Energieversorgung!  
Zur Aufrechterhaltung der Mindest-Energieversorgung wurden in Hessen jetzt 27 Notstrom-Großaggregate errichtet, erklärte stolz der Innenminister Rhein. Kosten? Gerade einmal 3,2 Millionen Euro. „Im Notfall können diese Aggregate gezielt Einrichtungen kritischer Infrastrukturen wie ein Krankenhaus oder eine Großtankstelle versorgen (...) Mit diesen Großaggregaten haben wir ein deutliches Zeichen an unsere Kommunen gesendet: Wir lassen euch nicht allein, sondern sorgen für die Sicherheit unseres Landes und der Kommunen. Mit den Feuerwehren und dem THW haben wir starke Partner, die dafür sorgen, dass die Geräte einsatzfähig sind.“ Das Innenministerium legt eine „Rahmenempfehlung des Landes bei einem

*flächendeckenden, lang andauernden Stromausfall“ vor.*

Die Streikbrecher des THW können dann also im Rahmen der Zivil-Militärischen-Zusammenarbeit gemeinsam mit den, meist der Bundeswehr unterstellten Feuerwehren die Infrastruktur aufrechterhalten. Aber mal ehrlich: Was für Gründe gibt es für einen „flächendeckenden, lang andauernden Stromausfall“? Entweder die Arbeiter weigern sich zu arbeiten oder können nicht arbeiten. Also Streik oder zerstörtes Kraftwerk...

Wen wundert es, dass sich jetzt Berufsfeuerwehren weigern, mit ihnen zusammenzuarbeiten? (Wie man in den „Hinweise der Arbeitsgemeinschaft der Leiter der Berufsfeuerwehren zur 'Konzeption der Reserve' der Bundeswehr sowie zu 'Regionalen Initiativen' von Reservisten“ nachlesen kann.)

*Sie haben Tanks und Kanonen  
Maschinengewehre und Handgranaten  
Die Gummiknüppel zählen wir nicht*

*Sie haben Polizisten und Soldaten  
Die wenig Geld bekommen und zu allem bereit sind.  
Ja wozu denn?  
Haben sie denn so mächtige Feinde?*

### **Fühlen wir uns nicht alle jetzt so richtig sicher?**

Ja, denn es wird immer besser: Unsere Daten sind sicher bei der Polizei; auch unsere Vermieter passen mit auf uns auf - und sollten dann die Arbeiter streiken wollen, so sind die Reservisten gleich zur Stelle!

*Sie glauben, da muss doch ein Halt sein,  
Der sie, die Stürzenden stützt.  
Eines Tages, und das wird bald sein,  
Werden sie sehen, dass ihnen alles nichts nützt.  
Und dann können sie noch so laut „Halt!“ schrei'n,  
Weil sie weder Geld noch Kanonen mehr schützt.  
(Im Gefängnis zu singen, Bertolt Brecht, 1932)*

Marlene (Bremen)

## **Normalität des Republiknotstandes**

Wer sich unter Aufgaben der Polizei naiverweise herkömmliche Abwehr von „unmittelbar bevorstehenden Gefahren“ und vorbeugende Verbrechensbekämpfung vorstellt, wird am Beispiel von Hamburg eines besseren belehrt: die Befugnisse der Polizei gehen darüber weit hinaus. Es werden nicht nur die Aufgaben der Polizei massiv ausgedehnt, sondern auch die Lehren der Geschichte auf dem Müllhaufen entsorgt. Knapp 70 Jahre nach der Befreiung vom deutschen Faschismus findet der kontinuierliche Ausbau des Repressionsapparates einen neuen Höhepunkt. Die Polizei wird zum ersten „Problemlöser“ ernannt, der Bürger zum Rechtlosen und potenziell Kriminellen erklärt. So schrieb die Rote Hilfe bereits 2005 über die Veränderung der Polizeirechte in Hamburg Folgendes: „In der Logik der Regierung ist also die Freiheit des Einzelnen ein Opfer, was zugunsten einer sich stetig verschärfenden Sicherheitspolitik notwendigerweise erbracht werden muss, wer das nicht einsieht, wird schon sehen, was sie/er davon hat...“.

### **80.000 Hamburger unter Generalverdacht**

In der Stadt Hamburg sind bereits über 40 „Gefahrengebiete“ von der Polizei ernannt worden, ohne dass eine richterliche oder dritte Gewalt gefragt werden muss. Es reicht dazu, dass die Polizei eine sogenannte Lageerkennnis hat und auf deren Grundlage beschließt, dass ein bestimmtes Gebiet zur Gefahrenzone erklärt wird. Gründe sind meist Betäubungsmittelkriminalität, Gewaltkriminalität oder „Straftaten von erheblicher Bedeutung“. So auch das

letzte Gefahrengebiet (4.-13.1.2013), das zur Niederschlagung der Protestbewegung gegen die Räumung der Roten Flora und gegen die Repressalien der Polizei errichtet wurde: Hier entschied die Staatsschutzabteilung des Landeskriminalamt Hamburg (LKA 7) unter Beteiligung des Justizariats bei der Direktion Polizeikommissariate und Verkehr (DPV) aufgrund ihrer Lageerkennnis, dass ein Gefahrengebiet einzurichten ist und dieses am 9. Januar neu zu ordnen sei. Das Spazieren gehen ist nicht mehr ein Ausflug ins Gemütliche, um sich zu erholen. Jeder kann zu jeder Zeit angehalten, kontrolliert, einem Ort für bis zu einem Jahr verwiesen werden oder 2 Wochen in Gewahrsam verbringen.

### **Ermächtigungsgrundlagen**

Die 2005 CDU-geführte Bürgerschaft hatte in Zusammenarbeit mit dem rechtspopulistischen Politiker und seiner „Partei Rechtsstaatlicher Offensive“, Ronald Barnabas Schill, einige Gesetzesänderungen und somit Ausweitungen der bereits vorhandenen Befugnisse vorgenommen, die der heute regierenden SPD kein Dorn im Auge zu sein scheinen:

#### Unterbindungs- und Erzwingungsgewahrsam (§13 SOG)

War die Ingewahrsamnahme nur bis zum Ende des folgenden Tages möglich, durfte nun per Gerichtsbeschluss eine Höchstdauer von 14 Tagen möglich sein und die „vorweggenommene Freiheitsstrafe darf auch zur Durchsetzung von Aufenthaltsverboten und Wegweisungen möglich sein“.

Verdachtsunabhängige Kontrollen (§4 Abs. 2 PoIDVG)

Durften vorher nur an „gefährlichen Orten“ und „polizeilichen Kontrollen“ stattfinden. So sind jetzt verdachtsunabhängige Kontrollen in größeren Gebieten möglich, wenn „aufgrund von konkreten Lageerkent-

Präventive Rasterfahndung (§23 PoIDVG)

Dies war auch schon nach dem 11. September möglich, jedoch nur zulässig bei „unmittelbar bevorstehenden Gefahren“. Stattdessen können nun „tatsächliche Anhaltspunkte die Annahme rechtfertigen, dass dies zur Verhütung von Straftaten



**SPD**

*Meinetwegen!  
Einer muß der Bluthund werden,  
ich scheue die  
**Verantwortung**  
nicht.*

*Gustav Noske (SPD) als Befehlshaber bei der Niederschlagung des Spartakus-Aufstandes 1919*

[WWW.OLAF-SCHOLZ.DE](http://WWW.OLAF-SCHOLZ.DE)



Links: Gustav Noske (SPD-Reichswehrminister, Militarist, Arbeitermörder) mit Walther von Lüttwitz (mitte – Reichswehrgeneral, Putschist, Arbeitermörder), 1920



Rechts: Olaf Scholz (SPD), Erster Bürgermeister von Hamburg, bei der Indienstellung der Regionalen Sicherheits- und Unterstützungskräfte der Bundeswehr für den erneuten Einsatz gegen die Arbeiterbewegung (18.10.2013, Hamburg)

nissen in einem betreffenden Gebiet mit Straftaten von erheblicher Bedeutung zu rechnen ist.“ Die Definitionsmacht der „Lageerkenntnisse“ ist ausschließlich der Polizei vorbehalten und erlaubt faktisch eine Generalermächtigung. Durch diese Schleierfahndung entsteht eine klassische Befugnis für die Polizei, gegenüber jeder Person willkürliche Kontrollen durchzuführen und sollte deshalb schon als Notstandsbefugnis aufgefasst werden.

erforderlich ist“. Anders gesagt, bereits ein „Grummeln im Bauch“ ist ausreichend. Damit wurde auch der Gebrauch der Schusswaffe expliziter geregelt, um die „öffentliche Sicherheit und Ordnung“ gegen Störer zu verteidigen (§25 Abs. 2 SOG). Weiter folgt eine Verschärfung der Aufenthaltsverbote (§12 b SOG), die mittlerweile bis zu 12 Monate gehen können und weit über einen bestimmten Ort hinausgehen. So können Personen des gesamten Gebietes

der „Freien und Hansestadt Hamburg“ verwiesen werden. Diesen Notstand in der Bundesrepublik zu haben, kommt einer regelrechten Vertreibung sehr nahe und wird nun im Zusammenhang mit dem Demonstrationsrecht immer häufiger angewandt.

#### Videoüberwachung von öffentlichen Plätzen (§8 Abs. 3-6 PolDVG)

Diese ist bei derartigen Einsätzen schon lange gängige Praxis und dient nicht zum Schutz des Bürgers. So ist eine Willkür der Beamten für das Aufgenommene gegeben, ohne dass ein Bürger Einfluss darauf nehmen könnte. Dazu kommen die weiteren technologischen Neuerungen der Handy-Ortung (§10 Abs. 3-2 PolDVG), Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) oder automatisierten Kfz-Kennzeichen-Lesesysteme (§8 Abs. 6 PolDVG), die auch noch jeden unter Generalverdacht setzen und das Recht auf informationelle Selbstbestimmung aufheben.

Dies geschieht, um den Wohlstand in unserem Land zu schützen und die angeblich kriminellen Demonstranten verfolgen zu können.

Die LINKE hat seit Jahren im Hamburger Senat nachgefragt, auf welchen Grundlagen das gemacht wird. Dabei kam eine Antwort zu folgender Frage hervor: „Wurden angesichts der Proteste in Hamburg seit dem 20.12.2013 nach Kenntnis des Senats bzw. der zuständigen Behörden auf sonstige Weise Bewegungsprofile erstellt? Falls ja, auf welche Weise? Durch wen angeordnet? Auf welcher Rechtsgrundlage...?“ Hier die Antwort: Hierfür würden wir Informationen herausgeben, die im Zusammenhang mit konkreten Aufklärungsaktivitäten und Analysemethoden des Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) stehen. Es geht doch aber um Kriminalität? Wozu schaltet sich hier der Verfassungsschutz ein? Weiter folgt, dass das LfV gemäß §8 Abs.1 des Hamburgischen Verfassungsschutzgesetzes nachrichtendienstliche Mittel zur verdeckten Erhebung von Informationen einsetzen darf. Einzelne nachrichtendienstliche Mittel sind geeignet, ein Bewegungsprofil zu erstellen, wozu auch die Aufzeichnung und Überwachung der Telekommunikation zählen. Der Schutz von Details über die Handhabung und Verwertung sei der überragend wichtigste Grundsatz, um darüber keine weiteren Informationen darzulegen und diene dem Staatswohl. Die erbetenen Auskünfte seien bezogen auf die Tätigkeit des LfV einzeln und insbesondere in ihrer Zusammenschau geheimhaltungsbedürftig. Der Senat sieht aus diesen Gründen des Staatswohls von einer Beantwortung ab und gibt keinen Einblick in die Arbeitsmethoden und Vorgehensweise im Hinblick auf die zukünftige Auftrags Erfüllung (Schriftliche kleine Anfrage, Drucksache 20/10461, 17.1.2014).

#### **Notstand als Normalzustand**

Ein fragwürdiger und undurchsichtiger Umgang wird bei dem letzten Gefahrengbiet über Tage angewendet. Diese Gesetze mögen ja ganz sinnvoll klingen, um große Drogenbarone, Schmuggler und Schieber zu verfolgen, aber diese Delikte habe ja sowieso wenig mit Verfassungsschutz zu tun. Es wurden laut Aussage des Senats im Zeitraum vom 1. November bis 31. Dezember 2013 130 Anordnungen und 37 Ermittlungen zur Überwachung von Telekommunikation gemäß § 100a StPO getroffen. Wie viele 2014 während des 10-tägigen Gefahrengbiets getroffen wurden, kann noch nicht gesagt werden. Nach der Strafprozessordnung darf auch ohne Wissen der Betroffenen die Telekommunikation überwacht werden, wenn bestimmte Tatsachen den Verdacht begründen, dass jemand als Täter oder Teilnehmer eine (im Einzelfall) schwere Straftat begangen hat, zu begehen versucht oder vorbereitet hat und wenn ansonsten die Erforschung des Sachverhaltes oder die Ermittlung des Aufenthaltsortes des Beschuldigten auf andere Weise wesentlich erschwert oder aussichtslos wäre. Das ist doch praktisch eine Erlaubnis, jede Person zu überwachen. Im §100a II StPO werden dazu noch viele schwere Vergehen aufgezählt, die das Gesetz rechtfertigen, wie Abgeordnetenbestechung, Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte, Straftaten gegen den Wettbewerb und natürlich die Gefährdung des demokratischen Rechtsstaates und der äußeren Sicherheit. Leider sind wohl die Ermittlungen besonders unmöglich, die sich gegen Unternehmen, Aktienräte und Politiker richten. Grundsätzlich hat die Polizei die Möglichkeit und Befugnis, auf Grundlage von Observation Bewegungsprofile zu erstellen.

Mit einem Gefahrengbiet werden die Grundrechte der Bürger ausgehebelt. Diese Gebiete dienen nicht der Abwehr von wirklicher Kriminalität, sondern der Abwehr von unliebsamen Demonstranten, die für ihre Rechte auf die Straße gehen.

Gerade die BRD sollte aus dem Faschismus gelernt haben, was eine übermächtige Polizei mit vielen Kompetenzen mit einer bürgerlichen Demokratie zu tun hat. Nämlich gar nichts! Die Nichtbeachtung der Grundrechte und der Ausbau der Befugnisse der Polizei sind nur ein kleines Rädchen im Staatsumbau, der den Notstand zur Normalität machen soll, um freiheitlich denkende Personen zu einem Gegner zu machen, um kriegerische, falsch debattierte Auslandseinsätze zur Sicherung bundesdeutscher imperialistischer Interessen, Abschiebepolitik, Verarmung und Entsolidarisierung, Spaltung der Arbeiter und Jugend aufrecht zu erhalten, um den Herren dieser Nation ihren Profit mit gewaltiger Einschränkung der Freiheit zu sichern.

Nils (Nürnberg)

# Wie mit der NSU-Affäre der Staatsumbau vorangetrieben wird

## Zur NSU

Vor über fünf Monaten begann der Prozess gegen die NSU. Nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Ländern der Welt wird er genau beobachtet. Stück für Stück zeigt sich auch hier das gleiche, wie schon in den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen zuvor: Das vollkommene Versagen, oder richtiger das bewusste Versagen wollen des deutschen Staatsapparates. So kam zum Beispiel ans Licht, dass Faschisten aus dem direkten Umfeld der NSU als Spitzel angestellt wurden, nun im Nachhinein wird erklärt das man trotzdem völlig unwissend gewesen wäre. Wenige Tage nach der Selbstaufdeckung der NSU, wurden in mehreren deutschen Behörden im großen Stil Akten zu den Ermittlungen der NSU-Morde geschreddert. Das blieb bis heute unaufgeklärt und ohne Konsequenzen. Die Polizei wollte das Terrortrio schon mal hochnehmen und wurde vom VS davon abgehalten. Hinweisen, die nicht in das rassistische Bild der bundesdeutschen Ermittler passten wurden ignoriert. Und das sind nur die krassesten Fakten.

Aktenschredderei, Verfassungsschutzmitarbeiter die bei einem Mord zusehen würden und all die anderen Vorfälle, die durch den NSU-Prozess bekannt geworden sind, lassen nur einen Schluss zu: Verfassungsschutz auflösen! Weil der Verfassungsschutz schon mit Nazi-Funktionären aus dem Reichssicherheitshauptamt und der Gestapo aufgebaut wurde. Weil der Verfassungsschutz zum Schutz der herrschenden Verhältnisse und des Staates ist und nicht zum Schutz der Bevölkerung dient. Weil der Verfassungsschutz auf dem rechten Auge blind ist oder vielmehr gar kein rechtes Auge hat. Weil der VS sich weigert seine V-Männer offen zu legen und Nazi-Strukturen finanziert. Was soweit geht, dass sogar das NPD-Verbotsverfahren daran gescheitert ist, dass zu viele Verstrickungen von V-Männern des VS in den höchsten NPD-Kreisen bestanden und ein Staat keine Organisation verbieten kann, die er selbst trägt.



## Zur Bundesinnenministerkonferenz

Von staatlicher Seite wird aber eine ganz andere Lösung vorgeschlagen: Das Bundesamt für Verfassungsschutz soll eine Zentralstelle werden. Das heißt, es soll weisungsbefugt gegenüber den Landesämtern werden, so dass alle gesammelten Daten an das Bundesamt übermittelt werden müssen. Auch der MAD (Militärischer Abschirmdienst) muss seine ermittelten Infos an den VS weitergeben. Das bedeutet, dass der VS noch mehr Möglichkeiten bekommt, Wissen zusammenzutragen und gegen die Bevölkerung vorzugehen. Und das ohne die Möglichkeit einer demokratischen Kontrolle, wenn beispielsweise der VS Nazis unterstützt. Das ist ein eindeutiger Bruch des Trennungsgebots, das angesichts des Terrors von Reichssicherheitshauptamt und GeStaPo Deutschland von den Alliierten auferlegt wurde. Damit ist eine solche Zusammenarbeit von Polizei, Nachrichten- und Geheimdiensten wie es heute gängige Praxis ist, illegal.



Die Bundesinnenminister diskutierten letztes Jahr darüber, inwieweit das nach wie vor gültige Trennungsgebot für den Verfassungsschutz heute noch sinnvoll ist. Dabei kamen sie zu dem Schluss, dass das wirkliche Problem ein sogenanntes „Trennungsgebot in den Köpfen“ sei, das es zu überwinden gilt. Auf dem Papier darf es die Trennung also ruhig noch geben, die Beamten sollen einfach in der Praxis mehr und effektiver zusammenarbeiten! Was kümmert sie denn ein Gesetz!

Zusätzlich zu diesen massiven Erweiterungen der Befugnisse des Verfassungsschutzes, die die Bundesinnenministerkonferenz dem Gesetzgeber vorschlägt, wollen sie auch noch die Zuständigkeit des Generalbundesanwaltes erweitern. Das ist die

oberste Strafverfolgungsbehörde in Deutschland. Der soll dann auch tätig werden können, wenn ein Fall „besondere Bedeutung“ hat. Was bitte ist denn besondere Bedeutung? Das ist so schwammig formuliert, dass alles oder nichts damit gemeint sein kann.

Am NSU-Prozess können wir gut sehen, wie wenig sich der Verfassungsschutz um die Sicherheit der Bevölkerung schert. Viele Zeugen verweigern einfach die Aussage oder können sich an nichts mehr erinnern. Da kann man schon prinzipiell mal den Sinn so einer Behörde anzweifeln, wenn sie Mörder deckt!

### Was schlagen die Innenminister hierzu vor?

Wenn der Verfassungsschutz keine direkten Zeugen liefern kann (oder will), „müssen die Verfassungsschutzbehörden vermehrt in Erwägung ziehen, soweit erforderlich, entsprechende Zeugen zu präsentieren. Dies müssen nicht zwingend die eingesetzten Vertrauensleute sein. In Betracht kommen vielmehr auskunftsfähige Beamte der Verfassungsschutzbehörden als Zeugen vom Hörensagen.“ Zeugen vom Hörensagen? Was ist denn das? Auf alle Fälle etwas, was es im deutschen Rechtssystem bislang nicht gibt. Ein Zeuge ist jemand, der etwas gesehen oder gehört hat. Es ist ja auch absurd, dass ein Richter

jemandem glauben soll, der selbst gar nicht bezeugen kann, dass ein Tatbestand erfüllt ist. Das ist jedoch der Wille der Bundesinnenministerkonferenz. Alle diese Änderungen beziehen sich natürlich nicht nur und auch nicht vor allem auf Straftaten von Nazis. Das ist nur der passende Aufhänger, um systematisch alle klein zu halten, die etwas verändern wollen hier im Land. Wenn die Jugend mal auf die Straße geht, um ihre perspektivlose Situation zu verändern, oder die Kollegen erkennen, dass sie den Kampf um ihre Rechte schon selbst führen müssen, weil keine Gewerkschaftsführung es für sie macht, dann ist dieser Staat gerüstet, um schnell und effektiv gegen jeden Widerstand vor zu gehen.

Das ist etwas, was uns alle angeht! Sie reden von der Bekämpfung des Rechtsextremismus und führen so Schritt für Schritt die Willkürherrschaft ein. Im Kampf gegen rechts marschieren sie nach rechts und dieser staatliche Weg hin zur offenen Gewalt ist viel gefährlicher als jeder braune Straßennazi! Wir müssen uns jetzt dagegen wehren, solange wir noch können!

**Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen!**

(Manel + Lena, Regensburg)

## Ukraine

### „ein Testfeld für eine neue europäische Außenpolitik ...“

Der Scherbenhaufen derzeit in der Ukraine hat vor allem einen Verursacher: die bundesdeutsche Außenpolitik. Die Auseinandersetzungen in diesem Land wurden vor allem innerhalb des reaktionären Bürgertums ausgetragen. Es war eine zwischen den regulär gewählten Oligarchen und denen, die sich bei einer Anbindung an Deutschland und Europa mehr von dem Kuchen der Ukraine für ihren eigenen Reichtum erhofften und deshalb viele Menschen auf dem Maidan für sich vereinnahmten.

Die meinungsmachende Presse bei uns verschweigt schlichtweg, was das für Kräfte sind, die in der Ukraine agieren und welche Interessen sie vertreten. Wenn wir uns an die Fernsehbilder erinnern, die in den letzten Monaten all abendlich ins Wohnzimmer gesendet wurden, sehen wir drei Männer auf der großen Bühne des Maidan stehen und Reden halten. Da wäre einmal der uns schon bekannte Profi-Boxer Vitali Klitschko der Vorsitzende der Partei UDAR (Der Schlag). Eine von der deutschen Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützte und finanzierte Partei. Dann haben wir die Partei Batkiwtschchina („Vaterland“), dies ist die Partei von Julia Timoschenko, die bis vor wenigen Tagen wegen Korruption im Gefängnis war. Für Timoschenko hat die CDU die Patenschaft übernommen. (Fortsetzung nächste Seite)

Die ukrainische Berichterstatte für die Süddeutsche Zeitung versteht die Welt nicht mehr:

**„... denn auch viele Ukrainer haben Angst, sich zum Ukrainertum zu bekennen“.**

Und sie meint damit diejenigen, die nicht dem Nationalismus anheim fallen und zusammen mit den Faschisten die ukrainische Flagge auf dem Maidan schwenken, sondern die „Vielen“, die „den zerstörten Lenin-Denkmalern nach(trauern)“, in deren „Hirnen tief das sowjetische Dogma: ‚Lenin lebt für immer, Lenin ist immer an meiner Seite‘ sitzt. Kein Wunder also, dass sie verstört ist „über die Assoziationskette, die die Zerstörung von Kommunismussymbolen gleichsetzt mit Faschismus und mit einer Zerstörung der russischen Kultur.“ Offenbar hat sie noch nie etwas über den enormen Aufschwung und die Förderung der Kultur in den sowjetischen Republiken nach der russischen Revolution gehört. Und es muß eigentlich selbst für ein bürgerliches Blatt wie die SZ geradezu peinlich sein, wenn sie fragt: „Was hat Lenin mit der russischen Kultur zu tun? Einige gehen so weit, dass sie fragen: „Nun Lenin. Und morgen Puschkin?“

SZ 27.02.2014 Seite 11 von Larisa Denisenko

Die dritte Partei in diesem Bunde ist Swoboda („Freiheit“) eine offen antisemitische und faschistische Partei. Ihr Anführer ist Oleh Tjanybok der sich schon mal gerne mit dem „Deutschen Gruß“ fotografieren lässt. Er und seine Partei berufen sich auf den OUN-Anführer Stepan Bandera, (OUN; Organisation Ukrainischer Nationalisten). Diese Organisation hat nach dem Überfall der Hitlerfaschisten auf die Sowjetunion mit den Deutschen kollaboriert und war an mehreren Massakern an der jüdischen Bevölkerung der Ukraine beteiligt.

Das sind also die Verhandlungspartner der Deutschen Bundesregierung, von ihr gestützt und gefördert. Auch der sozialdemokratische Außenminister der BRD, Steinmeier hat nichts gegen Verhandlungen und einem Foto mit dem Anführer der offenen Faschisten. Aber so ist halt die große Politik. Es geht ja schließlich um deutsche Interessen, da darf man mit faschistischen „Hilfstruppen nicht zimperlich“ sein, wie

schon seinerzeit der CSU-Vorsitzende Franz-Josef Strauß meinte. Die Unterstützung dieser Dreiergruppe ist deutsche Außenpolitik im Jahre 75 nach Beginn des Zweiten Weltkrieges. Die Ukraine als Testfeld, so war es in der Online-Ausgabe des Handelsblatts vom 23.02.2014, zu lesen: „... ein Testfeld für eine neue europäische Außenpolitik die sich einmisch, Risiken eingeht und nicht wegguckt.“

Im Klartext heißt dies natürlich, es geht um deutsche Außenpolitik, die auch hier wieder einmal mit den Interessen der USA kollidiert - und denen Russlands. Die Situation heute, einschließlich einer möglichen Spaltung der Ukraine, ist nicht von Russland gemacht, sondern von der Deutschen Bundesregierung! Für die ukrainische Bevölkerung sind die Oligarchen nur ausgetauscht. Der wichtigste Unterschied zur vorherigen Regierung aber ist, dass jetzt Faschisten Ministerposten innehaben.

(Aus „Münchner Arbeiter“, Nr. 2, März 2014)



**Der Schmitt vom Rheine braucht die Ukraine...**

- Bertolt Brecht: Der neue Kanonensong

Die ukrainische Stadt Lwiw stand von 1772- 1918 unter Habsburger und von 1941- 1944 unter der Herrschaft des faschistischen Deutschlands. Während dieser Zeit trug sie den Namen „Lemberg“. 1944 wurde Lwiw von der Roten Armee befreit.

Vitali Klitschko, der intensive Kontakte zur deutschen Bundesregierung pflegt und seit Jahren mit der Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU in Verbindung steht, gilt in den USA als „Mann der Deutschen“!

**Stoppen wir den Großdeutschen Wahnsinn!!!**

**Klassenkampf statt Weltkrieg!**

## Jalta liegt auf der Krim!

**Der Außenminister** Deutschlands, also der BRD und der von ihr einkassierten DDR, bezeichnete die jetzige Krim-Krise als die „größte Krise seit dem Mauerfall“. Tatsächlich hängen beide Ereignisse eng miteinander zusammen!

**Die von Herrn Steinmeier** euphemisch als „Mauerfall“ bezeichnete Annexion der Deutschen Demokratischen Republik zerbrach endgültig die 1945 in Jalta auf der Krim von der UdSSR, Großbritannien und den USA vereinbarte Neuordnung Europas nach

dem Sieg über den Hitlerfaschismus. Ein Ergebnis dieser Neuordnung war, dass es statt eines deutschen Reichs zwei deutsche Staaten gab, einer, der kapitalistisch blieb, die BRD, und einer, der den Weg des Sozialismus suchte, die DDR. Und das ließ die ganze Welt ruhiger schlafen!

**Der Griff der BRD nach der DDR 1989 /90** war in der Tat eine Krise, deren Folgen noch gar nicht abzusehen sind – oder für den, der sehen kann, nur zu absehbar sind. Ohne die Preisgabe des Sozialismus in der Sowjetunion wäre die so genannte „Wiedervereinigung“ gar nicht möglich gewesen. Aber sie stieß durchaus auf den Widerstand Großbritanniens und Frankreichs, die nur widerwillig dem Drängen der USA nachgaben, die inzwischen

allerdings zur Meinung gelangt sind, dass sie in Deutschland alles andere als einen Freund haben.

**Die erste Tat** dieses „wiedervereinigten“ Deutschlands war es, die Zerschlagung Jugoslawiens zu betreiben. Seine neueste Tat war es, das Feuer in der ehemals sozialistischen Ukraine auf dem Rücken einer verstummten Arbeiterklasse zu schüren. Bis sich Rußland jetzt die Krim zurückholte, die erst als Geschenk des „Anti-Stalinisten“ Chruschtschow ein Jahr nach Stalins Tod zur Ukraine gekommen war. Wir aber sollten in all dem, was sich derzeit abspielt und noch abspielen wird, das Vermächtnis von Jalta hochhalten, nur dass wir diesmal selber mit dem deutschen Imperialismus fertig werden müssen!

(TSB, München)

## Der deutsche Angriffskrieg gegen Jugoslawien

Als vor fast genau 15 Jahren in Belgrad die Sirenen heulten und die Bevölkerung voll Schrecken gen Himmel blickte, sah sie das gleiche hässliche Balkenkreuz am Rumpf deutscher Tornados, wie ihre Vorfahren im April 1941, als die Stukas (Sturmkampfflugzeuge) auf Befehl Hitlers über Jugoslawien herfielen und Belgrad in Schutt und Asche legten. Die Rede ist vom Beginn des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawiens vor 15 Jahren, am 24. März 1999. Einem Krieg, an dem der deutsche Imperialismus nicht nur beteiligt war, sondern den er federführend und von langer Hand vorbereitet hat. In guter alter deutscher Tradition auf dem Balkan.

Dieses Jahr ist das Jahr der Jahrestage, die mehr über die deutsche Geschichte aussagen, als jedes Schulbuch.

Vor 100 Jahren begann der 1. imperialistische Weltkrieg. Auch damals fiel der deutsche Imperialismus auf dem Balkan ein. Treu dem Ausspruch ihres Kaisers Wilhelm II. folgend, „Serbien muss sterben“ mordeten die deutschen Soldaten.

Vor 75 Jahren begann der 2. imperialistische Weltkrieg. Die deutsche Wehrmacht fiel erneut auf dem Balkan ein. Sie legte nicht nur ganze Städte in Schutt und Asche, die Hitler-Schergen ermordeten auch Hunderttausende Jugoslawen in ihren Konzentrationslagern.

Zwei Weltkriege, die jedes Mal mit einer Niederlage des deutschen Imperialismus endeten und in dessen Folge die Balkan-Völker sich zu einem gemeinsamen jugoslawischen Staat zusammenschlossen.

Dass heute viele Schulkinder mit dem Begriff Jugoslawiens schon nichts mehr anfangen können, liegt nicht unwesentlich am weiteren Verlauf der deutschen Geschichte.

Denn dieses Jahr jährt sich auch zum 25. Mal der sogenannte Fall der Berliner Mauer. Der Beginn der

Annexion der DDR durch die BRD. Dieses Ereignis wird hierzulande als das Ende der Nachkriegszeit gefeiert. Ja, das ist es, aber es hat zugleich die Vorkriegszeit eingeläutet. Ein Jahr nach dem Beginn der Bombardierung Jugoslawiens, im Mai 1999 war über dem Brandenburger Tor, der einstigen Grenze zwischen DDR und BRD dieses riesige Transparent zwischen zwei Baukränen gespannt.



„Wurde diese Grenze aufgehoben, damit wir zusammen gegen andere Völker in den Krieg ziehen?“

Die Geschichte hatte diese Frage bereits praktisch beantwortet, Soldaten aus dem wiedervereinigten Deutschland standen auf dem Balkan, zum dritten Mal in der deutschen Geschichte. Wieder hatte der deutsche Imperialismus die Zerschlagung Jugoslawiens erfolgreich vorangetrieben.

### Zur Geschichte Jugoslawiens

Die Geschichte des Balkans ist eine Geschichte des Kampfes gegen Fremdbeherrschung, die immer wieder auch zu Kriegen zwischen den Balkan-Völkern, aber eben auch zu ihrem Zusammenschluss gegen ausländische Großmächte führte.

Vor dem 1. Weltkrieg versuchten vor allem die Habsburger und die Osmanen mit wechselndem Erfolg ihr Reich auf dem Balkan zu vergrößern, was zu vielen Kriegen und Aufständen führte.

Während des 2. Weltkrieges war Serbien von deutschen, österreichischen und bulgarischen Truppen besetzt. Gegen die Besetzer auf dem Balkan entwickelte sich eine nationale Befreiungsbewegung der südslawischen Völker. Der Ausgang des 1. Weltkrieges ermöglichte es der nationalen Bourgeoisie den ersten jugoslawischen Staat zu gründen, das Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen (SHS-Staat), der am 1.12.1918 als konstitutionelle Monarchie proklamiert wurde. Er bestand aus Serbien, Makedonien, Montenegro, Slowenien, Kroatien, Dalmatien, der Vojvodina und Bosnien-Herzegowina.

Die Jahre bis zum 2. Weltkrieg waren geprägt durch ein Erstarken der Arbeiterbewegung, aber auch durch ihre Unterdrückung durch die serbische Großbourgeoisie, die versuchte ihren Einfluss auch durch die Unterdrückung der nicht serbischen Völker zu sichern.

Trotz einer großen antifaschistischen Bewegung, schloss sich der jugoslawische Staat schließlich den faschistischen Achsenmächten an. Dennoch überfielen am 6. April 1941 die deutschen faschistischen Truppen Jugoslawien. An der anschließenden Besetzung beteiligten sich auch die italienischen Faschisten und Horthy-Ungarn. Jugoslawien wurde in drei Marionettenstaaten zerschlagen und in 10 Besatzungsgebiete aufgeteilt. Während der faschistischen Okkupation wurden 1,4 Millionen jugoslawische Bürger bei Massakern, in Konzentrationslagern oder als Geiseln ermordet.



Gegen diese Okkupation entwickelte sich eine große antifaschistische Befreiungsbewegung, die bereits in den ersten Monaten geschlossene Gebiete zurückerobern konnte und bereits 1943 große Gebiete Jugoslawiens kontrollierte. Mit Hilfe der Roten Armee schaffte sie es am 15. Mai 1945 sich ganz vom faschistischen Joch zu befreien. Die ins Exil geflüchtete jugoslawische Bourgeoisie war so

praktisch entmachtet und verlor selbst international ihr Recht für das jugoslawische Volk zu sprechen.



Jugoslawische Partisanen

Am 29. November 1945 wurde die Föderative Volksrepublik Jugoslawiens mit Tito als Regierungschef ausgerufen. Ihr gehörten die Volksrepublik Serbien (einschließlich der autonomen Provinz Vojvodina und dem autonomen Gebiet Kosovo-Metohija), Kroatien, Slowenien, Bosnien-Herzegowina, Makedonien und Montenegro an. Befreit von ausländischer Unterdrückung und den eigenen Herrschenden konnten erstmals gleichberechtigte Beziehungen zwischen den jugoslawischen Völkern entstehen. Die jugoslawischen Völker hatten ihr Geschick in die eigene Hand genommen und führten vereint eine Reihe revolutionärer Umwälzungen durch mit dem Ziel den Sozialismus aufzubauen.

Dieser Weg war durch anfängliche Erfolge, aber auch durch zunehmende Rückschläge gekennzeichnet. Bereits 1950 wurden die gerade von der Volksmacht in Besitz genommenen Betriebe einer Arbeiterselbstverwaltung überlassen und die Wirtschaft des Vielvölkerstaates dezentralisiert. Trotz Ausgleichsleistungen zwischen den Teilrepubliken wuchsen die sozialen Ungleichheiten zwischen ihnen. Das nährte nationalistische Autonomiebestrebungen. Anstatt deren Wurzeln, die in der ökonomischen Entwicklung lagen, zu bekämpfen, wurde ihnen politisch nachgegeben. Fakt ist, es waren Konflikte in einem souveränen Staat. Dass dieser Staat, Jugoslawien heute so nicht mehr existiert liegt wesentlich an der Einmischung der imperialistischen Großmächte, die auf dem Boden dieses Landes ihre Widersprüche austrugen. Die Behauptung, dort für Frieden sorgen zu wollen, haben sie mit tausendenden Bomben, zerstörten Städten und Toten auf grausame Weise selbst widerlegt. Dabei stimmt nicht mal, dass die Imperialisten in nicht mehr anders lösbare Bürgerkriege eingeschritten sind.

### **Die Zerschlagung Jugoslawiens durch den deutsche Imperialismus**

Speziell der deutsche Imperialismus hat alles dafür getan, die Autonomiebewegungen innerhalb Jugoslawiens zu unterstützen und die Konflikte zu schüren. Gerade Mal ein Jahr nachdem die gravierendste Konsequenz des 2. Weltkrieges, die Spaltung

Deutschlands durch die Einverleibung der DDR auf reaktionäre Weise beseitigt war, begann das frisch gebackene Großdeutschland sich an die Revision der anderen Folgen zu machen. Dazu gehörte die Zerschlagung des in Folge von zwei Weltkriegen entstandenen Jugoslawien.

**SOCIALIST FEDERAL REPUBLIC OF YUGOSLAVIA**  
AS OF 1 JANUARY 1991



Anerkennung Kroatiens und Sloweniens

Der damalige Kriegsminister Rupert Scholz sagt 1991: „Wir glauben, dass wir die wichtigsten Folgen des Zweiten Weltkriegs überwunden und bewältigt hätten, aber in anderen Bereichen sind wir damit befasst, noch die Folgen des Ersten Weltkrieges zu bewältigen. Jugoslawien ist als eine Folge des Ersten Weltkrieges eine sehr künstliche, mit dem Selbstbestimmungsrecht nie vereinbar gewesene Konstruktion.“<sup>1</sup>

In diesem Sinne machte der deutsche Imperialismus schon 1991 den Auftakt zur Zerschlagung dieser angeblich künstlichen Konstruktion, durch die frühzeitige Anerkennung Kroatiens und Sloweniens. Indem er gegen den Willen der anderen Großmächte und im vollen Bewusstsein dadurch nicht Frieden, sondern Krieg auf dem Balkan zu schüren handelte.

Noch wenige Tage vor diesem Schritt (am 14. Dezember 1991) warnte der UN-Generalsekretär Perez de Cuellar in einem Schreiben an Außenminister Genscher, nämlich genau davor: „Ich nehme auch an, dass Sie von der großen Sorge gehört haben, die die Präsidenten von Bosnien-Herzegowina und Mazedonien und viele andere geäußert haben, nämlich dass verfrühte Anerkennungen eine Erweiterung des gegenwärtigen Konfliktes in jenen empfindlichen Regionen nach sich ziehen würden. Solch eine Entwicklung könnte schwerwiegende Folgen für die ganze Balkanregion haben und würde meine eigenen Bemühungen und diejenigen meines persönlichen Gesandten, die notwendigen Bedingungen für die Anwendung von

friedenserhaltenden Maßnahmen in Jugoslawien zu sichern, ernstlich gefährden.“<sup>2</sup>

Obwohl ständig den Frieden im Mund führend, ging es der deutschen Bundesregierung – wie auch schon ihren Vorgängern – zu keiner Sekunde um den Frieden auf dem Balkan. Daher erkannte die BRD am 23. Dezember 1991 als erstes und zunächst einziges Land der Welt im Alleingang Kroatien und Slowenien als Staaten an und widersetzt sich damit den Wünschen des UNO-Generalsekretärs, des Sicherheitsrates, der USA und beinahe aller Partner in der EG.

Bosnien-Krieg

Kein halbes Jahr später wird auf Drängen der deutschen Bundesregierung in Bosnien-Herzegowina ein Referendum über die Unabhängigkeit durchgeführt. 94 % stimmen für die Unabhängigkeit. Allerdings boykottiert die serbische Bevölkerung (= 33 % der Gesamtbevölkerung) das Referendum. Mit der Durchführung des Referendums beginnen auch dort die bewaffneten Auseinandersetzungen. Die deutsche Bundesregierung drängt die EG-Partner zur Anerkennung von Bosnien-Herzegowina und torpediert damit wiederum die laufenden Friedensbemühungen der EG für eine friedliche Lösung mit Verbleib von Bosnien-Herzegowina in Jugoslawien.

Auf Druck der BRD beschließt die EG Bosnien-Herzegowina als selbständigen Staat anzuerkennen. Das war am 6. April 1992, nebenbei dem Jahrestag der Bombardierung Belgrads durch die Hitler-Faschisten. Einen Tag später folgen die USA.

Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger stellt dazu fest: "Die Anerkennung eines unabhängigen, souveränen bosnischen Staates im Jahre 1992 durch die NATO bewirkte nicht die Geburt eines Landes, sondern einen Bürgerkrieg."<sup>3</sup> So kam es auch und in diesen Bürgerkrieg griff die NATO genauso ein, wie später im Kosovo. Nach drei Jahren Krieg, unzähligen Toten und Zerstörung bestand Jugoslawien nur noch aus Serbien und Montenegro. Der deutsche Imperialismus hatte sein Ziel dieses künstliche Konstrukt seiner beiden Weltkriege zu zerstören schon fast erreicht, einzig an der Einholung der Ernte dieser Kriege haperte es noch ein wenig. Der deutsche Imperialismus bekam kein Stück Land als Besatzungszone zugeteilt.

Schüren des Kosovo-Konfliktes durch den deutschen Imperialismus

Aber da schwelte ja noch ein weiterer Konflikt im verbliebenen Jugoslawien, zwischen den Albanern in der serbischen Teilrepublik Kosovo und Serbien. Es war der deutsche Imperialismus, der schon lange bevor diese Frage in der Weltöffentlichkeit eine Rolle spielte, Öl ins Feuer goss, in dem er die Autonomie-Bestrebungen der Kosovo-Albaner unterstützte. Die von ihnen gegründete UCK (Ushtria Clirimtare e

Kosoves), Befreiungsarmee des Kosovos wurde mit Hilfe des BND ausgebildet und ausgerüstet. In anderen NATO-Staaten galt diese damals noch als terroristische Organisation und eine UN-Resolution zur Befriedung des Konfliktes verpflichtete dazu, Waffenlieferungen an die UCK zu unterbinden. Das interessierte den deutschen Imperialismus aber wenig. Seit 1996 hat die UCK ihren Sitz in der BRD. Eine OSZE-Beobachterdelegation muss im Juni 1998 feststellen, dass die UCK mit deutschen Feldanzügen uniformiert ist. Die Bundesregierung pflegt seit 1990 gute Beziehungen zu albanischen Geheimdienstlern. Militärische Ausrüstung im Wert von zwei Millionen DM wird in das albanische Krisengebiet, und damit zum Teil an die UCK, versandt. Bereits im Juli 1996 trifft sich der deutsche Außenminister Kinkel mit dem Oppositionsführer der Albaner im Kosovo, Ibrahim Rugova.

Der deutsche Plan war eindeutig: Eskalation des Kosovo-Konfliktes als Anlass für ein internationales Eingreifen. D.h. Bomben auf Belgrad und anschließend Besetzung des Kosovo. Ziel: Abspaltung des Kosovo, d.h. 12 % des serbischen Territoriums. Frei nach dem Motto: Teile und herrsche.

### Widersprüche zwischen den Imperialisten

Dem entgegenstanden die Ziele der anderen NATO-Staaten. Die langen diplomatischen Auseinandersetzungen zeigten die Widersprüche unter den Imperialisten, die letztendlich mit Bomben über Jugoslawien mit anderen Mitteln ausgetragen wurden. Die USA waren eigentlich die Letzten, die diesen Krieg wollten. Ihr Interesse an diesem kleinen Kosovo war mehr als gering. Dass sie am Ende plötzlich als einzige neben der BRD ein militärisches Eingreifen gegen den Willen der anderen NATO-Staaten durchsetzten, hatte andere Gründe. Wie anfangs gesagt markierte die Annexion der DDR und der Zusammenbruch der Sowjetunion den Beginn der Vorkriegszeit. D.h. die Nachkriegsordnung des 2. Weltkrieges war ins Wanken geraten und es stand und steht bis heute die Frage nach einer Neuaufteilung der Welt zwischen den Großmächten. Die erneute Zerschlagung Jugoslawiens war einer der ersten Schritte des neuen Großdeutschlands unter Beweis zu stellen, dass es fähig und gewillt ist auch gegen den Willen der USA, Staatsgrenzen militärisch zu verändern, spricht sich seinen Teil bei der Neuaufteilung der Welt auch mit Krieg zu sichern. Mitte März 1998 liest man in der "Welt": "Vor allem muss Milosevic klargemacht werden, dass ein offener Krieg im Kosovo über kurz oder (leider) lang den Westen doch militärisch auf den Plan riefte. Ob die Europäer einen solchen Einsatz diesmal allein besorgen oder wieder nicht ohne die Führung der Amerikaner auskommen, ist dabei zweitrangig." Dieser Alleingang lag aber nicht im Interesse der USA, das stellte sie mit einer 78-tägigen

Bombardierung Jugoslawiens in mörderischer Deutlichkeit klar.

Noch wenige Monate vor dieser Bombardierung waren es vor allem die USA, die versucht hatten eine friedliche Lösung des Konfliktes herbei zu führen. Im Mai 1998 unterbreiten die USA Milosevic ein Angebot, das eine amerikanisch garantierte Autonomie des Kosovos innerhalb des jugoslawischen Verbands vorsieht. Der Präsident von Jugoslawiens Milosevic und der inoffizielle Präsident des Kosovos Rugova sprechen sich in Belgrad für eine friedliche Lösung des Kosovo-Konfliktes aus.

Grund genug für Deutschland, fortan verstärkt die albanischen Kritiker Rugovas, die UCK, zu fördern und damit eine der US-Initiative entgegengesetzte Politik zu machen.

Am 16. Oktober 1998 beschließt der abgewählte (!) Deutsche Bundestag den offensichtlich völkerrechts- und verfassungswidriger Auslandseinsatz im Kosovo. Der neugewählte Bundestag bestätigt diese Entscheidung mit einer Koalition aller vertretenen Parteien – außer der PDS.

Anfang Februar 1999 stellt Minister Scharping klar, wer der Kriegsbrandstifter ist: „Wir bereiten jetzt ein verstärktes Bataillon auf den Einsatz vor. Das hat die Amerikaner ebenfalls überzeugt.“<sup>4</sup>



### Der Beginn des Krieges

#### Die Verhandlungen von Rambouillet

Alles, was noch fehlte war ein triftiger Grund, um den Krieg zu beginnen. Diesen sollten die Verhandlungen in Rambouillet über einen "internationalen Friedensplan" liefern. Der Ablauf dieser Verhandlungen macht deutlich, dass sie nur dieses Ziel hatten. Obwohl die jugoslawische Delegation fast alle Bedingungen der Großmächte erfüllte und es die Delegation der Kosovo-Albaner war, die zu blöd war, das Spiel der Imperialisten mitzuspielen und die Rolle

der Kooperativen einzunehmen, wurde alles dafür getan, am Ende die Belgrader Regierung für das Scheitern verantwortlich zu machen. Nach dem diese bereit war alles zu unterschreiben wurde ihr in letzter Minute ein Diktat vorgelegt, das sie weder unterschreiben konnten, noch die Möglichkeit hatte darüber zu verhandeln.

Um Bomben auf die Bundesrepublik Jugoslawien abzuwenden, hätte Milosevic ein Abkommen unterschreiben sollen, das dem NATO-Personal dort „zusammen mit seinen Fahrzeugen, Schiffen, Flugzeugen und Ausrüstungsgegenständen [...] freien und ungehinderten Zugang“, „die Benutzung von Flughäfen, Straßen, Schienenwegen und Häfen ohne Zahlung von Gebühren, Zöllen, Wegegeldern oder durch bloße Benutzung verursachte Abgaben“ und „Immunität gegenüber allen Gerichtsverfahren“ sowie „vor jeder Form von Festnahme, Ermittlung oder Haft von Seiten der Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien“ gewährt hätte.<sup>5</sup>

Hermann Scheer, Mitglied des SPD-Bundesvorstands kommt zu dem richtigen Schluss, dass „dieser Vertragsentwurf [...] offensichtlich nicht zu unterschreiben [war], gleich für welche jugoslawische Regierung“ und dass „einen solchen Vertrag nur ein Staat nach vollständiger militärischer Kapitulation“ unterschreibt.<sup>6</sup>

Jugoslawien hatte die Wahl: NATO-Besatzungstruppen oder NATO-Bomben.

Folglich und wie geplant wurde am Abend des 24. März 1999 das Feuer über Jugoslawien eröffnet. Mit verheerenden Folgen für die Bevölkerung und zwar egal auf welcher Seite des Konfliktes sie zuvor gestanden hatten.

### Kriegsfolgen und Opfer

Allein im ersten Kriegsmonat flüchteten 600.000 Menschen. Zum Kriegsende waren es 800.000, darunter 70.000 Serben und Roma, zum größten Teil aber albanische Bewohner des Gebietes. Sie verließen das Gebiet, flüchtend vor den NATO-Bomben, die Serben und Albaner töteten – allein in Pristina wurde 280mal von der NATO angegriffen.

Ganz Jugoslawien blutete aus unzähligen Wunden. Zertrümmert oder demoliert wurden 60 Brücken, 19 Bahnhöfe, 13 Flughäfen, 480 Schulobjekte, 365 Klöster, Kirchen, Kultur- und historische Gedenkstätten, darunter der Park des Gedenkens an die im Zweiten Weltkrieg von der deutschen Wehrmacht erschossenen 7.000 jugoslawischen Bürger. Mit herkömmlichen und Graphitbomben wurden die Hauptelektrizitätswerke angegriffen und bis zu 70 Prozent der Bevölkerung von der Stromversorgung abgeschnitten. Zeitweilig konnte die Bevölkerung durch den Ausfall der Alarmsirenen nicht einmal mehr vor den Angriffen der Terrorpiloten gewarnt werden. Zerschlagen wurden die Relaisstationen für Rundfunk und Fernsehen, darunter die in der unmittelbaren

Nähe der nationalen Gedenkstätten auf dem Avala-Berg bei Belgrad und dem Lovcen in Montenegro. Zerstört oder beschädigt wurden 110 Krankenhäuser, lebensnotwendige medizinische Geräte, Hilfs- und Arzneimittel, Geburtskliniken, Inkubatoren, Wasserpumpen und viele andere Bereiche waren katastrophal, Infolge der Bombardierung von Straßen, Brücken und Bahngleisen sowie des Kraftstoffmangels nach der Zertrümmerung der Raffinerien musste die Behandlung von Patienten mit chronischen Herz- und Nierenerkrankungen, von Diabetes- und Krebspatienten unterbrochen oder verspätet durchgeführt werden. Der wochenlange Aufenthalt in Schutzkellern führte bei vielen zum Ausbruch von schweren Darmerkrankungen. In Schutt und Asche gelegt wurden 121 Industriebetriebe, in denen 600.000 Jugoslawen in Arbeit standen. Rund 2,5 Millionen Menschen verloren damit ihre Existenzgrundlage. Über 2.500 Menschen wurden getötet, mehr als 10.000 schwer oder leicht verletzt. 30 % aller Getöteten und 40 % der Verstümmelten und Verletzten waren Kinder.<sup>7</sup>



### Die Okkupation des Kosovo

Am 13. Juni 1999, drei Tage nach dem Ende der Bombardierungen, bricht die Besatzungstruppe der Bundeswehr auf nach Jugoslawien. Die Bild am Sonntag schreibt von diesem Tag mit Stolz: „Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg marschieren deutsche Soldaten in ein feindliches Land ein.“

Ungefähr drei Monate später folgt die D-Mark dem deutschen Militär in das Kosovo und noch mal ein knappes Jahr später, im November 2000, wird sie auch in Montenegro offizielle Währung.<sup>8</sup> Ganz im Sinne der deutschen Tradition: „Gleich hinter dem ersten deutschen Tank läuft einer von der Dresdner Bank“. Allerdings muss man dazu wissen, dass die D-Mark schon seit über einem Jahrzehnt inoffizielles Zahlungsmittel in Jugoslawien war.

Das Kosovo wird in Besatzungszonen aufgeteilt, besetzt durch die imperialistischen Großmächte, die sich nicht einmal mehr auf ein ihnen gemeinsam unterstelltes Protektorat einigen können.

Aber der Krieg ist nicht zu Ende. Die Friedenspolitik des deutschen Imperialismus ist die Fortführung des Krieges mit anderen Mitteln. Sie dient dazu, das zerschlagene Jugoslawien nicht mit den anderen Aggressoren zu teilen und die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus über die Nachbarländer Jugoslawiens weiter abzusichern.

Neun Jahre später wurde die von Schröder und Fischer militärisch vorbereitete Abspaltung Kosovos von der CDU-Kanzlerin Merkel und dem SPD-Außenminister Steinmeier vorangetrieben und politisch besiegelt. Obwohl die UN-Resolution 1244 aus dem Jahr 1999 die Achtung der territorialen Integrität Jugoslawiens bzw. Serbiens bindend vorschrieb, erkannten sie die von ihnen maßgeblich geförderte Unabhängigkeit im Widerspruch zum Völkerrecht „völkerrechtlich“ an.

### Kriegspropaganda



Einen eigenen Artikel wäre die damals betriebene Kriegspropaganda wert. Mit Übertreibungen, glatten Lügen und Pressezensur wurde die deutsche Bevölkerung auf Krieg ausgerichtet. Der damalige grüne Außenminister Joschka Fischer ging sogar so weit das deutsche Volk an die Waffen zu rufen, um ein zweites Auschwitz zu verhindern. Allein dafür müsste er wegen grober Verharmlosung des Holocaust hinter Gitter. Denn nichts, aber auch gar nichts davon war wahr. Im Gegenteil, damals war alles Recht, was diesen ersten deutschen Angriffskrieg nach 1945 rechtfertigen konnte. Da war die Rede von einem angebliche Massaker an der albanischen Zivilbevölkerung im Januar 1999 in Racak, das aber ein Gefecht zwischen UCK Kämpfern und jugoslawischen Militärs war. Da war die Rede von einem Konzentrationslager der Serben im Stadion von Pristina, das aber nachweislich nie existiert hat und für das auch kein einziger Beweis je präsentiert wurde. Da war die Rede von einem Hufeisenplan Milosevic zur planmäßigen Vertreibung der Albaner aus dem Kosovo, der sich als blanke Erfindung der deutschen Propagandamaschine herausstellte. In dem Buch „Die glorreichen Sieger“ stellt Ralph Hartmann fest, dass „seit den Zeiten von Reichspropagandaminister Goebbels [...] in Deutsch-

land nicht mehr so viel und so abscheulich gelogen worden [ist] wie vor und während des NATO-Krieges gegen Jugoslawien.“<sup>9</sup>

Der WDR hat damals diese Kriegslügen in dem Film „Es begann mit einer Lüge“ entlarvt, der sehr zu empfehlen ist (zu finden bei youtube).

### **Stoppt den deutschen Kriegskurs**

Bis heute stehen Hunderte deutsche Soldaten im Kosovo, begleitet von Polizisten und allen möglichen anderen Vertretern des deutschen Staates um den Kosovo-Albanern beizubringen was deutsches Recht und deutsche Ordnung bedeutet.

Jugoslawien gibt es nicht mehr und die Menschen, die dort leben, leiden bis heute an den Folgen dieses Krieges.

Eines Krieges, der nur den Anfang der Neuordnung dieser Welt durch die Imperialisten markiert. Er ist nicht der letzte geblieben und weitere und größere werden folgen, wenn wir denjenigen, die sie in aller Öffentlichkeit vorbereiten nicht die Hände zerschlagen, wie es Bertolt Brecht einst formulierte.

Diese Geschichte beweist aber noch etwas anderes, nämlich, dass die Völker unter dem Joch des Imperialismus nicht in Frieden leben können, aber schon mehrfach bewiesen haben, dass sie im Kampf gegen den selben sehr wohl erfolgreich sein können, sich friedlich zusammenschließen und befreien können.

Die Zerschlagung Jugoslawiens und die Tradition der deutschen Kriegspolitik aufzudecken, ist absolut notwendig. Nicht nur, um vergangene Verbrechen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen, sondern vor allem, um zukünftige zu verhindern. Denn wir haben es in der Hand, wie diese blutige Geschichte weiter geht, nicht nur auf dem Balkan.

Deswegen unterstützt der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik die folgende Bündnisaktion zum Jahrestag des Jugoslawienkrieg (Siehe unten / nächste Seite).

1 Ulrich Sander, Szenen einer Nähe, S. 58

2 Ralph Hartmann, Die glorreichen Sieger, Berlin, 2001

3 Welt am Sonntag, 8.9.1996

4 Süddeutsche Zeitung, 6./7.2.99

5 Jürgen Elsässer, Nie wieder Krieg ohne uns, Hamburg, 1999, S.138/139

6 Ralph Hartmann, Die glorreichen Sieger, Berlin, 2001, S.106

7 Alle Daten in diesem Abschnitt aus: Ralph Hartmann „Mit Lügen in den Krieg - Die NATO-Angriffe gegen Jugoslawien. Zehn Jahre nach der Schandtat (Teil I)“ Die Angaben über Kriegsoffer und -schäden basieren auf Beiträgen, die auf dem internationalen Hearing zum Europäischen Tribunal über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien am 30. Oktober 2000 in Berlin vorgetragen wurden. Siehe: Die Wahrheit über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien, Hrsg. von Wolfgang Richter, Elmar Schmäling, Eckart Spoo, Schkeuditz 2000

8 Süddeutsche Zeitung, 21.11.00; FAZ, 13.11.00

9 Ralph Hartmann, Die glorreichen Sieger, Berlin, 2001, S.44

(Julia, Bremen)

# AKTIONEN gegen den Notstand der Republik

## 100 Jahre Beginn 1. Weltkrieg 75 Jahre Beginn 2. Weltkrieg 15 Jahre Angriffskrieg gegen Jugoslawien Stoppt den deutschen Kriegskurs

Der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik ist Teil eines Jugendbündnisses, das unter oben genannter Losung eine Aktion und Veranstaltungsrundreise organisiert.

### Aktion

Am 24.03.14, dem Jahrestag des Beginns der Bombardierung Jugoslawiens

### Veranstaltungsrundreise

mit einem Vertreter der kommunistischen Jugend Jugoslawiens (SKOJ)  
In folgenden Städten:

Essen (24.03.), Bremen (25.03.), Dresden (26.03.),  
Ingolstadt (27.03.), Regensburg (28.03.) und  
Frankfurt-Main (28.03.)

Bündnisflugblatt: siehe Anhang



## Von München bis Prag

### Bericht vom Aktionszug Klassenkampf statt Weltkrieg 2013

Der internationale Antikriegszug startet seine Route am 29.09.2013 vor der Musikhochschule in München. Zeit und Ort sind bewusst ausgewählt, aufgrund ihrer historischen Bedeutung. Vor genau 75 Jahren, also am 29. September 1938, wurde Hitler in diesem Gebäude, damals war das der sogenannte Führerbau, ein Teil der Tschechoslowakei zum Fraß vorgeworfen. Das ganze geschah mit der Zustimmung der Regierungschefs von Großbritannien, Frankreich sowie dem faschistischen Italien, eine extra angereiste Vertretung der Tschechoslowakei wurde nicht zugelassen. Das erhoffte Ziel war, dass Hitlers Großmachtstreben hiermit gestillt sei, doch wir kennen die Geschichte. Das Münchner Abkommen war ein Schritt in Richtung 2. Weltkrieg. Doch kurz nachdem der Aktionszug sich in Bewegung setzte, um durch München zu fahren, wurde er vom Gewaltenapparat der BRD direkt vor

der CSU-Zentrale, in der relativ unbelebten Lazarettstraße, gestoppt, obwohl er bereits vor dem Start polizeilich untersucht und abgenommen worden war. Doch erst vor der CSU-Zentrale forderten die Polizisten, dass die Hakenkreuzembleme, die auf historischen Wehrmachtuniformen gezeigt wurden, um davor zu warnen, dass dieses Deutschland schon mehrmals einen Weltkrieg begonnen hat, verboten seien.



Der internationale Antikriegszug Klassenkampf statt Weltkrieg stellt auf seinen sechs LKWs sowohl die alten und neuen Kriegstreiber dieses Landes dar, wie auch die Arbeiter und Jugendlichen, die den Kampf gegen sie führen.

Die Kriegstreiber von gestern sind unter anderem die Kriegstreiber von heute. Konzerne wie BASF, BMW, und Daimler profitierten am 2. Weltkrieg und profitieren auch an neuen Kriegen, Behörden und Ämter der BRD wurden zu großen Teilen von Nazis und Kriegsverbrechern aufgebaut, die Generäle der Wehrmacht wurden die Generäle der Bundeswehr. Doch wehe dem, der diesem deutschen Imperialismus heute noch das Hakenkreuz aufmalt.

Das Zeigen von Hakenkreuzen in einem eindeutig antifaschistischem Kontext fällt unter die Kunstfreiheit, das hat das Bundesverfassungsgericht schon 1980 in einem Urteil bestätigt. Die Verbote der Polizei waren eine reine Willküraktion und zeigen, worum es wirklich ging: den Antikriegszug so schnell wie möglich von der geschichtsträchtigen und hochfrequentierten Musikhochschule wegbekommen und in einer unbeachteten Seitenstraße die Muskeln des Staatsapparates spielen lassen. Doch Muskeln haben wir auch – wir fahren weiter.



In drei bayrischen Städten präsentieren wir vor Berufsschulen unser rollendes Theater. Mit Reden, Schalmeygetön und Flugblattverteilungen auf dem Schulhof erklären wir den Schülern die Aktion und fordern sie auf mitzufahren.

Während „Klassenkampf statt Weltkrieg“ durch Bayern fuhr, streikten bei Daimler in Bremen 1.200 Arbeiter gegen Leiharbeit und Fremdvergabe. Die Teilnehmer der internationalen Antikriegsaktion befürworten und unterstützen diesen Streik, indem wir vor Betrieben Solidaritätserklärungen verteilen und unterschreiben lassen. Auf unserer Route liegen Betriebe wie Audi Ingolstadt, BMW Regensburg und Siemens Nürnberg.

Weitere Informationen und Aktuelles zur Aktion unter:  
[www.Klassenkampf-statt-Weltkrieg.de](http://www.Klassenkampf-statt-Weltkrieg.de)



Am 03. Oktober überquerten wir bei Aš die Grenze zur Tschechischen Republik. An diesem Tag, an dem heute das größer gewordene Deutschland gefeiert wird, betrat Hitler 1938 in Aš zum ersten Mal das annektierte tschechoslowakische Gebiet.

Aber auch heute haben wieder Deutsche das Sagen in der Tschechischen Republik. Nicht nur, dass deutsches Kapital dieses Land zum großen Teil besitzt, auch deutsche Polizisten sind im Grenzgebiet der Tschechischen Republik allgegenwärtig. Wie zu erwarten, werden wir direkt nach der Grenze erneut gestoppt, um auf tschechischer Gesetzesgrundlage durchgecheckt zu werden. Allerdings zeigte sich, dass die tschechische Polizei nach der Nase der deutschen Polizisten tanzte, die die Grenze wie selbstverständlich mit überquerten. Durch die tatkräftige Unterstützung eines Abgeordneten für die Region Aš konnte der Zug ohne Behinderung durch die Polizei weiterfahren. In der tschechischen Republik ist es allerdings so, dass alle Auflagen, die getroffen wurden, nur für den zuständigen Bezirk gelten. Somit war unsere Fahrt beim Übertreten einer neuen Bezirksgrenze, wieder aufs Spiel gestellt.

In Dolní Žandov ist der Kundgebungsplatz voller Kinder, während der Bürgermeister den Zug begrüßt. Auf deutsch und auf tschechisch werden Reden gehalten und der Zug den Kindern erklärt. Am Ende der Kundgebung stimmten wir das Widerstandslied „Proti Větru“ an, das Zuschauer zahlreich mitsingen.



Auf der Fahrt nach Plzeň werden wir wieder von der Polizei angehalten. Sie sagen, wir müssen die LKWs

wiegen und die Schauspieler dürfen während der Fahrt nicht auf der Ladefläche sitzen. Wir müssen also runter. Zum nächsten Kundgebungsort laufen die Darsteller vor ihren jeweiligen LKWs und bilden somit einen 100 Meter langen Demonstrationzug. Auf dem Platz angekommen halten wir unsere Reden und machen Krach auf den Stahlfässern und Schalmeien, vom Jugendwagen aus. Auch hier, wie bei vielen anderen Kundgebungen wird folgendes Theaterstück aufgeführt: Die wiedererstarkten Zwerge, als Inbegriff des deutschen Spießertums, mit der sich erhebenden Germania singen das Deutschlandlied. Begleitet werden sie auf der Trompete von Bernd Posselt, der Vertreter der Heim-ins-Reich-Ideologie der sudetendeutschen „Volksgruppe“. Die Germania setzt zum Hitlergruß an, doch sie kommt nicht weit. Das Solidaritätslied schallt in Form der Schalmeien über den Platz und übertönt das Treiben der Zwerge bis sie durch einen Schuss ungefährlich gemacht werden. Zwei Jugendliche stehen mit der Schalmei im Anschlag und bewachen sie während der Rest der Jugendlichen das Solidaritätslied ausklingen lässt.



Ein Ziel auf unserer Fahrt ist, das von deutschen Faschisten zerstörte Dorf Lidice. Die Vernichtung der Bewohner und die Zerstörung dieses Ortes war eine Vergeltungsaktion auf die Ermordung des Reichsprotectors von Böhmen und Mähren Heydrich hin. Heydrich war der verlängerte Arm Hitlers und unterdrückte das tschechische Volk. Die Bewohner Tschechiens durften in seiner Anwesenheit nur deutsch sprechen, er verhaftete und verurteilte Hunderttausende willkürlich zum Tode. Die Auslöschung des Dorfes Lidice war kein Willkürakt,

sondern die geplante und durchdachte Barbarei, die der Hitlerfaschismus in vielen Teilen der Welt durchführte. Die Teilnehmer des Aktionszugs legen Blumengebinde am Denkmal für die deportierten und ermordeten Kinder von Lidice nieder, sowie am zentralen Mahnmal. Denn wir sagen, nur wer sich der Geschichte bewusst ist, kann die Gefahren im Heute bekämpfen.



Diesmal stehen wir wieder auf der Ladefläche, der Polizei ist das egal. In Prag fahren wir im Schrittempo durch die Arbeiterviertel, die sich aus gewundenen Straßen und riesigen Häuserkomplexen zusammensetzen. Wir werden von vielen mit geballten Fäusten freudig begrüßt. Die Flugblattverteiler begleiten den Zug und stecken die Flugblätter in Briefkästen und verteilen sie an Passanten. An zentralen Plätzen, wie dem Wenzelsplatz, führen wir unser Theaterstück auf.

Der Zug agitierte, klärte auf, erzürnte und warnte. Den Teilnehmern ist aufgefallen, dass der Zug in der tschechischen Republik auf viel mehr Interesse gestoßen ist, als in der BRD. Es wurde mehr begrüßt, öfters Flugblätter angenommen und beim Theaterstück wurde applaudiert.

Auch in diesem Jahr wird sich der internationale Antikriegszug „Klassenkampf statt Weltkrieg“ auf den Weg machen. Diesmal nach Polen, anlässlich des 75. Jahrestag des Angriffs auf Polen und den Beginn des 2. Weltkriegs. Gegen den deutschen Kriegskurs, gegen die deutsche Bedrohung Polens und für den Zusammenschluss polnischer und deutscher Kriegsgegner soll der Zug fahren. Fahr mit!

Lena (Regensburg)



## Was ist der Bruch des Hausfriedens gegen den Bruch des Weltfriedens?

Am 22. März 2013 hatten Jugendliche ein Baugerüst an einem Verwaltungsgebäude der BASF in Ludwigshafen neben dem Werkstor erklommen und ein riesiges Transparent mit der Losung „Unsere Zukunft ist nicht Krise, Krieg und Barbarei! Klassenkampf statt Weltkrieg! Für die internationale Solidarität“ gehisst. Parallel dazu wurde während des Schichtwechsels ein Flugblatt, das vor dem deutschen Kriegskurs warnte und zum Widerstand dagegen aufrief, an die Kollegen verteilt.

In der Folge wurden fünf Jugendliche wegen Hausfriedensbruchs angeklagt und sollen insgesamt 4500 € dafür zahlen. Dagegen haben sie Widerspruch eingelegt und werden folglich vors Amtsgericht Ludwigshafen zitiert werden.

Warum die Aktion beim Chemiemonopolisten BASF? Weil die BASF der größte der drei Nachfolgekonzerne der IG Farben ist und somit eine wesentliche Mitschuld trägt am fabrikmäßigen Massenmord in Auschwitz und zehntausenden Arbeitssklaven im eigenen Konzentrationslager Monowitz. Bis heute wurde keine Entschädigung für diese Verbrechen gezahlt. Stattdessen macht BASF riesige Profite auf Grundlage einer durch Sklaverei und Mord geschaffenen Monopolstellung. Um diese gegen die weltweite Konkurrenz zu verteidigen und zur Sicherung der eigenen Profite, fördert der Konzern heute beispielsweise die Kooperation der Bundeswehr mit Bildungseinrichtungen und dem THW und würde wohl auch ein drittes Mal den großen Krieg unterstützen.

Die Angeklagten werden im Prozess die Anklage gegen den Kriegsverbrecher BASF erheben. Kommt zum Prozess nach Ludwigshafen. Der Prozesstermin steht noch nicht fest, wird aber umgehend auf der Homepage: [www.jugendkongress-NdR.org](http://www.jugendkongress-NdR.org) veröffentlicht.



(Micha, Frankfurt Main)

## Aktionen gegen die Indienststellung neuer Freikorps der Bundeswehr (Regionale Sicherungs- und Unterstützungskräfte) in Dresden

16. November 2013: Auftaktkundgebung vor dem neuen Dresdner „place to go“, dem Militärhistorischen Museum:

+++ es treffen sich rund 40 Leute +++ alters- und organisationsübergreifend aus dem von der FDJ Sachsen initiierten Bündnis „Keine Freikorps in Sachsen“ +++ lautstark mit Stahlfässern, Fanfaren und Sprechchören +++ nach mehreren Redebeiträgen geht's zur Hochschule des Heeres, dem Ort der Indienststellung neuer Freikorps +++ in der gleichen Kaserne (kürzlich erst in Stauffenberg Kaserne umbenannt) befindet sich auch das

Landeskommando des „Heimatschutzes“ +++ in unmittelbarer Kasernentornähe hatten wir Aufmarsch und Appell voll im Blick +++ anschließend mit gleichbleibender Lautstärke quer durch die Dresdner Neustadt +++ was dann während der Abschlusskundgebung geschah, dazu lassen wir Bilder sprechen +++ beschlagnahmt wurden sämtliche FDJ-Blauhemden +++ von den Trägern die Personalien aufgenommen Soviel im Telegrammstil. Wer das Ganze ausführlicher lesen will, der sei beispielsweise auf den entsprechenden Artikel im Infoblatt „Fanfare“ der FDJ Nr. 61 verwiesen.



Sogar bis nach Brüssel ins EU-Parlament hat sich diese Freikorpsproblematik mittlerweile herumgesprochen, denn von zwei Parlamentarierinnen konnten wir für unsere Abendveranstaltung nicht nur das Abgeordnetenbüro nutzen, sondern erhielten auch im Vorfeld eine Stellungnahme mit folgendem Wortlaut:

*Keine modernen Freikorps: Gegen die Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte (RSU-Kräfte) in Sachsen! Am morgigen 16. November 2013 werden die Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte (RSU-Kräfte) in Sachsen in Dienst gestellt. Die Aufgabe dieser nach und nach im gesamten Bundesgebiet etablierten Reservisteneinheiten sollen neben Einsätzen der Katastrophenhilfe auch militärische Aufgaben im Inland umfassen. Dazu erklären Sabine Lösing, MdEP, und Cornelia Ernst, MdEP: „Die RSU-Kräfte militarisieren die Gesellschaft. Das lehnen wir ab!“ „Mit den RSU-Kräften sollen zivile Organisationen der Katastrophenhilfe wie das Deutsche Rote Kreuz (DRK) mit der Bundeswehr zusammengeführt werden“, so Sabine Lösing. „Diese zivil-militärische Zusammenarbeit soll den Einfluss der Bundeswehr auf die Gesellschaft verstärken. Mehr noch: Die RSU-Kräfte können für militärische Aufgaben innerhalb des Bundesgebietes eingesetzt werden. Das weckt Erinnerungen an finstere Stunden der deutschen Geschichte, als Freikorps und Reichswehr am Ende des Ersten Weltkrieges und in der Weimarer Republik demokratische Bestrebungen brutal niederschlugen.“ Cornelia Ernst: „Gerade in Sachsen spielten Militäreinsätze im Inneren bei der sogenannten Reichsexekution 1923 gegen die demokratisch gewählte Regierung aus Sozialdemokraten und Kommunisten eine verhängnisvolle Rolle. Als Lehre aus der Geschichte schloss das Grundgesetz Bundeswehreinheiten im Inneren aus. Dieses Verbot wird mehr und mehr ausgehöhlt. Die RSU-Kräfte sind ein weiterer Schritt in diese Richtung. Wir brauchen keinen Schritt zurück in die Vergangenheit – wir brauchen keine modernen Freikorps!“ (Brüssel, 15.09.2013)*

Die Fakten sind also bekannt. Faschismus und Militarismus sind zwei Seiten der gleichen Medaille, die beide ihre Wurzeln im kapitalistischen Wirtschaftssystem haben. Und deutscher Klartext

darüber, wohin die Reise heute geht, wird schon seit längerem gesprochen, da hat man in Wort und Tat schon längst die Maske fallen gelassen. Wer beispielsweise Gauck's Rede auf der sogenannten „Nato-Sicherheitskonferenz“ 2014 liest, wird hierzu einige Hinweise erhalten:

*„[...] Deutschland ist überdurchschnittlich globalisiert und profitiert deshalb überdurchschnittlich von einer offenen Weltordnung – einer Weltordnung, die Deutschland erlaubt, Interessen mit grundlegenden Werten zu verbinden. Aus all dem leitet sich Deutschlands wichtigstes außenpolitisches Interesse im 21. Jahrhundert ab: dieses Ordnungsgefüge, dieses System zu erhalten und zukunftsfähig zu machen. [...] Seit der Wiedervereinigung hat sich Deutschland auf den Weg gemacht. Schritt um Schritt wird die Bundesrepublik von einem Nutznießer zu einem Garanten internationaler Sicherheit und Ordnung.“*



Was das alles mit den neuen Freikorps zu tun hat? In einem ebenfalls lesenswerten Papier mit dem Titel „Neue Macht, neue Verantwortung“ aus einer der Denkfabriken der Bundesregierung (Oktober 2013) heißt es: „Die Grenzen zwischen äußerer und innerer Sicherheit sind fließend“, deshalb sei die Bundeswehr in Form der Regionalen Sicherungs- und Unterstützungskräfte für die Ruhe an der sogenannten Heimatfront zuständig, welche zusätzlich die Rolle des Mittlers zwischen Zivilleben und Militär spielen sollen. Widerstand gegen die Militarisierung der Gesellschaft ist dringend notwendig und unsere Aktivitäten vor und während der Indienststellung von Freikorps in Dresden dürfen keine Eintagsfliege sein. Wir haben bestenfalls einen Anfang gemacht, denn die Militarisierung der größer gewordenen BRD schreitet weiter in einer rasanten Geschwindigkeit voran. Es zeichnet sich ein Gesamtbild ab und die Militarisierung unterschiedlicher Lebens- und Gesellschaftsbereiche ist nicht voneinander zu trennen. Das müssen wir auch weiterhin mit unseren Aktionen deutlich machen. Wir werden dazu jede Gelegenheit nutzen.

(Marina, Leipzig)

# Die FDJ vor Gericht

*Gestern die DDR kassieren, heute Europa diktieren, morgen gegen die ganze Welt marschieren.* Diese Losung auf ein Transparent gepinselt und ab damit im Blauhemd der FDJ zu den offiziellen Gedenkfeiern zum Mauerbau in Berlin. Schließlich haben wir doch bürgerliche Meinungsfreiheit. Sollte kein Problem sein für eine erlaubte Organisation wie die FDJ der DDR denkt Ihr?

*Nie wieder Freikorps.* Diese Losung getragen in Dresden von Genossinnen der FDJ und dazu im Blauhemd getrommelt und mit einer kleinen Demo die feierliche Indienststellung der neuen Freikorps gegen die eigene Bevölkerung unüberhörbar gestört. Sollte auch keine Probleme geben?

Ein Flugblatt mit dem Zeichen der aufgehenden Sonne als Zeichen der FDJ an einen Baum vor einem Gericht in Berlin mit Tesa angebracht? Ein Problem? Ja. Und zwar offensichtlich für die Polizei, Staatsanwälte, Richter, alten Pfaffen und dergleichen die in der DDR von Frieden faselten und, dass die Arbeiter ihre Schwerter doch zu Pflugscharen machen sollten und heute die Jugend dieses Landes auffordern gehorsam für die Interessen und Profit der Herren Unternehmer in den Krieg zu ziehen. Die FDJ der DDR, sagen sie, sei erlaubt, aber die FDJ der BRD wurde ja verboten. Und deswegen dürfe man das Zeichen der FDJ nicht mehr zeigen. Weil das Zeichen der FDJ der DDR das gleiche und damit zum Verwechseln ähnlich sei wie das der BRD. Sagen die einen. Andere, dass man es nur auf dem Gebiet der DDR tragen dürfe. Wieder andere meinen, man dürfe es nur tragen, wenn Mensch in der DDR geboren sei. Und wir? Wir tragen es, weil wir uns in der FDJ organisiert haben. Weil wir uns nur organisiert gegen die Kriegspolitik dieses Landes wehren und für eine bessere Zukunft kämpfen können. Weil die FDJ in der BRD in den 50er Jahren Recht hatte, als sie vor der Aufstellung der Bundeswehr warnte, weswegen sie auch verboten wurde. Weil die FDJ im Exil

während des II. Weltkrieges versucht hatte die Spaltung der Arbeiterjugend zu überwinden und von Jugendlichen sozialistischer, kommunistischer, jüdischer, christlicher, bündischer und weiterer Jugendorganisationen gegründet wurde, um gegen den deutschen Faschismus zu kämpfen. Weil die FDJ tatkräftig den Versuch unterstützte mit der DDR aus Ruinen ein besseres Deutschland aufzubauen, vor dem die Menschen anderer Länder sich nicht mehr fürchten mussten.

Genau das können die Regierenden nicht gebrauchen. Dass sich die Jugend gemeinsam für eine bessere Zukunft organisiert und dies in der Tradition der FDJ tut. Deswegen haben sie in den letzten zwei Jahren überall, wo wir organisiert und gut sichtbar auftraten, versucht, uns unsere Blauhemden und Fahnen wegzunehmen und uns vor Gericht zu bringen. Mittlerweile laufen über ein Dutzend Verfahren in Dresden, Essen, Berlin. Sie wollen uns anklagen - wir klagen sie an.

Richter, die aus Angst vor ein paar Blauhemden Sicherheitskontrollen wie bei einem Terroristenprozess mit Registrierung aller Zuschauer und Sicherheitsschleuse vor dem Gerichtsaal anordnen. Angeklagte, die vor dem Gericht von der Polizei auf Anordnung des Richters festgenommen werden, weil sie zu ihrem Prozess wollten. Richter, die lügen. Alles das könnt Ihr bei den Verhandlungen erleben. Und demnächst vielleicht auch Seminare über Logik oder über die Problematik von „verwechselnd ähnlichen“ und „gleichen“ Symbolen.

Deswegen erkündigt Euch. Kommt zu den Prozessen (aktuelle Infos unter [www.FDJ.de](http://www.FDJ.de)). Spendet. Es geht nicht um ein kleines Abzeichen. Es geht gegen die Organisation der Jugend gegen den Kriegskurs der Herrschenden für eine bessere Zukunft. Und das nicht nur in der FDJ.

(Wuide, Köln)

## Kampf um das blaue Hemd

Zwei FDJ-Anhänger stehen wegen des Tragens von verbotenen Emblemen vor Gericht

Von HENNING KRAUZIEN

Berlin (MÖZ) Es gibt Tumulte im Gerichtsgebäude. Zuschauer rangeln am Eingang mit Justizbeamten, mittendrin die zwei Angeklagten, Michael W. (38) und German L. (30) tragen stolz ihre Blauhemden, am Armel prangen FDJ-Embleme. Um dieses Abzeichen geht es am Mittwoch in einem Prozess. Die Polizei schreitet ein, beide Männer müssen die Hemden ausziehen. Die Angeklagten hatten diese Textilien auch bei einem Protest vor der Mauerdenkstätte in der Bernauer Straße getragen. Ausgerechnet am 13. August, als zahlreiche Gedenkveranstaltungen an den Mauerbau eintrudeln. Sie entrollen das Transparent: „Est die DDR kassieren – heute Europa diktieren – morgen gegen die Welt marschieren – stoppt sie.“



FDJ-Fans: Die Angeklagten erschienen auch zum Prozess in Blauhemden. Später mussten sie sie ausziehen. Foto: Peter Panzer

ermittelte und stellte Strafbefehle über jeweils 90 Tagessätze aus. Dagegen gingen beide DDR-Anhänger vor, der Fall landete jetzt vor dem Amtsgericht Tiergarten. Trotz Blicken sie den Richter an, der mit viel Geduld

Embleme sind nur schwer zu unterscheiden. Und nach dem Strafgesetzbuch ist auch das Tragen von Abzeichen verboten, die denen verfassungswidriger Organisationen „zum Verwechseln ähnlich“ seien.

Diese juristische Konstellation soll unter anderem verhindern, dass Nazisympole in abgewandelter Form in der Öffentlichkeit gezeigt werden. Für die Angeklagten, die aus Bochum und Frankfurt/Main stammen, ist dieser Paragraf ein Affront. „Der Prozess passt gut in die Zeit, da aktuell darüber debattiert wird, sämtliche Zeichen der DDR zu verbieten“, heißt es auf ihrem Flyer.

Auch im Gerichtssaal geht die Auseinandersetzung weiter, zumindest verbal. Die Anwälte lehnen den Richter als befangen ab, eine faucht ihn an: „Sie müssen nicht meine Tätigkeit torpedieren.“ Dem Richter bleibt nichts anderes übrig, als die Verhandlung zu unterbrechen. Über die Anträge müssen seine Kollegen entscheiden.

MORGENPOST, 4.9.2013

Dresden

7

## Friedensaktivistin wegen blauer Bluse vor Gericht

Von wegen Freundschaft! Um das alte FDJ-Symbol mit der aufgehenden Sonne hier auch die neue Version. Die bläuliche jetzt sogar eine junge Aktivistin vor Gericht. Angeklagt wurde die Kriegspartei nun, weil sie anders Westen kam...

Mit einer Gruppe Friedensaktivisten demonstrierte Julia N. (22) im März 2012 vor dem Mühlenturm-Museum. Sie und vier andere klammerten auf eine Baugerüst am Nachbargebäude, hielten ein Banner („Klassenkampf statt Weltkrieg“).

Als später die Polizei eintraf, ging die Versammlung weiter. Dabei schwenkte Julia eine FDJ-Fahne. Für sie ein Friedenssymbol, jedoch eigentlich von Faschismus. „Es wurde lange nicht verurteilt, in den letzten Monaten habe es aber überall Strafbefehle“, sagt FDJ-Mitglied Julia.



Etwa 30 Sympathisanten und FDJ-Mitglieder kamen ins Amtsgericht (v.a.). Julia N. trug provokativ ihre blaue Bluse mit dem Symbol der aufgehenden Sonne (grün), zog sich dann aber eine Jacke über. Foto: Thomas Törpe

te die federführende Staatsanwältin, die auch den Justizrat Lutz König anklagte, kein Erbarmen. „Aufgrund ihrer Absichtung war ihnen bewusst, dass die Organisation seit 1954 im Westdeutschland verboten ist“, heißt die aus Bremen stammend, war zur Wiedereinsetzung beim Richter an. Zum Prozessverfahren die Minderheits in der blauen FDJ-Bluse. „Sie müssen die Stimmung richtig wassig auf-



„Freundschaft! So war das mit der FDJ“

Die „Freie Deutsche Jugend“ (FDJ) war die sozialistische Jugendorganisation der DDR. Ziel war der sozialistische Aufbau der Gesellschaft, die FDJ verstand sich als „Jugendarmee der SED“. Wer nicht „freiwillig“ mitmachte, musste mit Nachteilen rechnen. 1988 hatte die FDJ 2,3 Millionen Mitglieder ab 14 Jahren. Die westdeutsche Regierung hatte die deutsche FDJ 1991 verboten, die Sonne (grün) gilt als „Kommunistenverfassungswidriger Organisationsform“. Nach der Wende blieb das Verbot der Synbole bestehen – obwohl die Ost-FDJ als eingetragener Verein weiter besteht. ch

# MATERIAL zum Notstand der Republik

## Lieber Infobrief-Leser,

du hältst den Infobrief Nr. 14 in Händen. Falls dies dein erster ist, hast du 13 Nummern, seit der erste im Februar 2009 erschienen ist, verpasst. Die folgende kleine Artikelübersicht lädt ein zum Weiterlesen, Recherchieren und Nachbestellen: eine Zusammenstellung von Fakten und Artikeln zur Militarisierung der Gesellschaft. Die alten Infobriefe kannst du im Internet unter [www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.org](http://www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.org) einsehen oder unter [Info@Jugendkongress-NdR.org](mailto:Info@Jugendkongress-NdR.org) gegen 1 Euro pro Ausgabe bestellen.

## Zivilmilitärische Zusammenarbeit in Heimatschutz und RSU-Kompanien

- Modellversuch zum Aufbau von Freikorps und ihre Rolle in der Geschichte: Nr. 1  
(Aufstellung sog. Kompetenzzüge aus Reservisten zur Verbesserung der Durchhaltefähigkeit)
- Geschichte des THW und seine neuen Aufgaben heute: Nr. 1  
(Kooperation zwischen BW und THW)
- Heimatschutz auch gegen Streikende: Nr. 6
- Aus- und Umbau der Bundeswehr: Nr. 7  
(Zivilmilitärische Zusammenarbeit)
- Wozu braucht es die neue Konzeption der Reserve? Nr. 11
- Aufstellung der Regionalen Sicherheits- und Unterstützungskräfte (RSU): Nr. 12
- Kooperation von Reservisten und Industrie: Nr. 12

## Militarisierung der Arbeit und der Bildung

- Kooperation zwischen dem Kultusministerium NRW und der Bundeswehr: Nr. 1
- Bundeswehr und Schulen in NRW: Nr. 3  
(Beschlüsse der Landesdelegiertenkonferenz gegen die BW an Schulen)
- Bundeswehr an (Hoch-)Schulen: Nr. 4  
(Rekrutierung von Schülern und Studenten)
- Militarisierung der Berufsaus- und Weiterbildung: Nr. 5
- Militarisierung der Schulen: Nr. 6
- Ein ganz normaler Tag in der Uni oder Der Weg in den Krieg: Nr. 6
- Nach den Schulen kommt das Arbeitsamt: Nr. 7
- Arbeitszwang und Kriegswirtschaft: Nr. 11  
(Bundesfreiwilligendienst)
- Frauen in die Armee! Girls Day 2012: Nr. 12

## Ausbau der Befugnisse und Zentralisierung des Gewaltenapparates

- Die Verschärfung des Staatsumbaus und der Militarisierung in der Krise – Neuste Maßnahmen: Nr. 2
- Vertrag von Prüm wird in nationales Recht überführt: Nr. 5  
(Deutsche Polizei im Ausland)
- Vertrag von Lissabon: Nr. 6
- Trennungsgebot zwischen Polizeien und Geheimdiensten wird offensiver umgangen: Nr. 7
- Militarismus und Antimilitarismus: Nr. 9
- Ein neues Zentrum zur Verfolgung von „Extremisten“: Nr. 13  
(Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum)

## Inlandseinsätze des Militärs

- Der Notstand der Republik beim NATO-Gipfel: Nr. 3
- Bundeswehreinsatz im Wendland: Nr. 8
- Der bewaffnete Einsatz der Bundeswehr im Inneren: Nr. 13

## Bundeswehr

- Bundeswehrsoldaten werden mit Handbüchern der Wehrmacht ausgebildet: Nr. 5
- Befehlswegverkürzung oder Die verstärkte Zusammenarbeit von Wirtschaft und Militär: Nr. 7

- Strukturreform der Bundeswehr: Nr. 8
- Einfach nur nachbarschaftliche Zusammenarbeit? Nr. 12 (Diktat der BW über polnisches und tschechisches Militär)
- Piraten aus Somalia und ein Einsatz der BW zu Wasser und auch zu Lande? Nr. 12
- Krieg und Frieden oder wie man in „friedlichen“ Zeiten andere Länder besetzt: Nr. 13
- Die BRD hat wieder eine Militärjustiz! Nr. 13

### Vom JAA herausgegebene Broschüren

#### Broschüre vom Jugendkongress – Notstand der Republik in Berlin am 12. und 13. Mai 2007

##### Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Der Staat
- Besonderheiten deutscher Demokratie und die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus
- Die Zentralisierung und Zusammenlegung der Gewaltenapparate
- Der Heimatschutz und der Einsatz der Bundeswehr im Inneren
- Die fließenden Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit
- Die Hartz-Gesetze und deren Auswirkung auf die Jugend

#### Broschüre vom Aktivistentreffen des Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik in Nürnberg am 2. und 3. Februar 2008

##### Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Zu den Ursachen des Notstands
- Mit den Gewerkschaften gegen den Notstand
- Der Kampf gegen die Notstandsgesetze in den 60er Jahren und was 40 Jahre danach daraus wurde
- Aktiv gegen den Heimatschutz!
- Die Demonstrationen vom 3.11.07

Preis je Broschüre: 2,00€.

#### Broschüre „Was ist der Bruch des Hausfriedens gegen den Bruch des Weltfriedens?“

##### Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Zur Geschichte von Blohm & Voss
- Zur Kriegsgefahr heute - Warum solche Aktionen notwendig sind
- Die Aktion
- Der Prozess
- Solierklärungen
- Reaktionen der Presse
- Der Kampf geht weiter

Preis: 2,50€



Bestellung unter Angaben von Liefer- und Rechnungsanschrift bitte an: [Info@Jugendkongress-NdR.org](mailto:Info@Jugendkongress-NdR.org). Weitere Materialien vom Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik sowie alle bisher erschienenen Infobriefe befinden sich auf der Homepage ([www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.org](http://www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.org)) und können von dort aus auch bestellt werden.

## ANHANG

- Flugblatt des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik zu den BASF Prozessen in Ludwigshafen
- Bündnis-Aufruf „100 Jahre Beginn 1. Weltkrieg - 75 Jahre Beginn 2. Weltkrieg - 15 Jahre Angriffskrieg gegen Jugoslawien - Stoppt den deutschen Kriegskurs“